

Volksmacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Auswahl“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren Kurze 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neusachsenstraße 11, Matthiasstraße 155, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einchl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeilemeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Bereinigungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren Kurze 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zuruckgegeben, wenn Rückporto beiliegt.

Severing über seine Aufgabe

Auslassungen über seine Schlichtertätigkeit im Ruhrgebiet

Der Reichsinnenminister Severing äußerte sich am Mittwoch nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet vor der Berliner Presse über seine Schlichteraufgabe. Der Minister führte aus:

Es ist falsch, daß ich eine gebundene Marschroute für mein Schlichteramt habe. Ich habe den Auftrag der Reichsregierung nur unter der Voraussetzung angenommen, daß beide Parteien mich als Schlichter anerkennen und daß mir keine Bedingungen gestellt werden. Diese Voraussetzung wurde erfüllt. Der Arbeitgeberverband hat den Wunsch geäußert, daß auch die Arbeitszeitfrage in die Erörterung einbezogen und geregelt werde. Ferner hat er gewünscht, daß die Regelung möglichst langfristig erfolge und daß ich zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe ins Ruhrgebiet komme. Ich habe zugesagt, diese Wünsche zu berücksichtigen, da es ja auch Wünsche der Gewerkschaften waren. Meine Reise nach dem Ruhrgebiet hatte vor allem den Zweck, zu zeigen, daß die Beilegung des Konflikts nicht auf die lange Bank geschoben werde. Es kam darauf an, Störungen der Wiederaufnahme der Arbeit zu vermeiden. Auf Grund meiner Vollmacht konnte ich Modalitäten-arrangements und Einzelheiten regeln, falls die beiden Gruppen nicht selbst zu einer Vereinbarung über die WiederEinstellung der Arbeiter gelangten. Erfreulicherweise waren die Besorgnisse nach dieser Richtung hin unbegründet. Am Schluß dieser Woche dürften 75 Prozent der Betriebe wieder laufen. Wenn noch nicht alle Arbeiter zu diesem Zeitpunkt wieder eingestellt sein werden, so liegt das an technischen Ursachen. Die Hochöfen müssen erst wieder angeblasen werden, ebenso muß das Schichtenwesen erst wieder geregelt werden. Der Schiedsspruch Töltens und ebenso der Vermittlungsvorschlag Bergemanns werden von mir auf den Inhalt und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen genau geprüft.

Ich habe nicht die Absicht, meinen Spruch zu überbürden. Meine Aufgabe ist, einen neuen Schiedsspruch zu fällen. Der Reichsarbeitsminister konnte den Schiedsspruch Töltens nicht abändern. Er konnte nur ja oder nein sagen. Mein Schiedsspruch bedeutet keine Desavouierung des Reichsarbeitsministers. Der Schiedsspruch Töltens berücksichtigt nicht genug die komplizierten Lohnverhältnisse. Sie sind in ihm zu sehr schematisiert worden. Der erste Mann der Walzenstraße verdient 20 Mark und darüber, der ungelehrte Arbeiter an derselben Stelle 60 Pfennige pro Stunde. Bei der Arbeitszeitfrage wird zu beachten sein, daß im Nordwesten Arbeiter noch eine 60stündige Arbeitszeit pro Woche haben und daß selbst in den Schwerbetrieben noch 57 Stunden gearbeitet wird. Die kommenden Besprechungen werde ich zunächst mit den Gewerkschaften, dann mit dem Arbeitgeberverband und schließlich mit beiden Parteien gemeinsam führen.

Vorausichtlich werde ich meinen Schiedsspruch Ende der nächsten Woche fällen. Beide Parteien haben Vertrauen zu meinem Schlichteramt. Dieses Vertrauen werde ich nützen, vor allem dadurch, daß ich den sozialen Momenten Rechnung trage.

Otto Braun in Hamburg

Einigung zwischen Preußen und Hamburg.

Hamburg, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun wählte am Mittwoch in Hamburg. Abends wurde er durch den Hamburger Senat im Rathaus empfangen. Bürgermeister Dr. Petersen legte bei dieser Gelegenheit in einer längeren Rede ein Traubekenntnis zum Einheitsstaat ab. Die Idee des Einheitsstaates gebe auch, wie Petersen betonte, sichere Gewähr, daß die zwischen Preußen und Hamburg schwebenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Das große Problem, das diese Verhandlungen beherrsche, sei das Problem der Hafengemeinschaft. Weiter sei die Siedlungsfrage Gegenstand wichtiger Zusammenarbeit und es sei für die Arbeiterklasse nur zu wünschen, wenn auf der Grundlage einer Verständigung mit Preußen neue bessere Wohnmöglichkeiten erschlossen werden könnten. Die Rede Petersen schloß mit einem Hoch auf den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und die preußische Staatsregierung.

In seiner Antwort betonte der preußische Ministerpräsident, daß der Hamburger Bürgermeister nicht so sehr als Hamburger, sondern vielmehr als Deutscher gesprochen habe,

diesem Beispiel werde er folgen. Durch die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg seien die Voraussetzungen für eine gedeihliche Gesamtentwicklung eines großen Welthafens im Unterbegebiet zum Nutzen Hamburgs, der umliegenden preußischen Gemeinden und zum Nutzen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes geschaffen worden. Wenige Wochen gemeinsamer Arbeit hätten genügt, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wenn auch Einzelheiten noch zu regeln seien, so sei es doch gelungen, am Nachmittag bereits eine Vereinbarung zu unterzeichnen, die die wichtigsten Gebiete und die Grundlinien für die zukünftige Zusammenarbeit Hamburgs und Preußens festlegte.

Der preußische Ministerpräsident schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß dieses Beispiel Hamburgs und Preußens bahnbrechend und richtunggebend für die gesamte Neugliederung des deutschen Reiches werden möge. Die Landesgrenzen seien im Falle Hamburg-Preußen zwar noch nicht festgelegt, aber sie seien überwunden worden, weil sich die Unterhändler bei diesen Verhandlungen nicht als Hamburger und nicht als Preußen fühlten, sondern als Deutsche.

Hermes hat wieder Porzellan zertrümmert

Warschau, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Die Besprechungen über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen haben durch die Rede des deutschen Unterhändlers Hermes im Reichstag eine starke Belastung erfahren. Ein Nachmittagsblatt hält es für unmöglich, daß ein Beamter des Außenministeriums mit Hermes noch verhandeln könne, nachdem er mit seiner Rede gezeigt habe, daß er die Verhandlungen nur sabotieren wolle. Hermes sei daher als Gast zu betrachten, der sich Warschau einmal ansehen wolle. Man müsse ihm einen Führer durch die Stadt, eine Loge in der Oper und einen Schlagwagen für die Rückfahrt besorgen. Der „Krauker Kurier“, dessen Informationen stets von amtlicher Seite kommen, erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die polnische Regierung sich einen solchen Verhandlungsführer nicht mehr gefallen lassen dürfe und fordert die Regierung auf, dies der Reichsregierung auf diplomatischem Wege beizubringen.

Dr. Hermes ist am Mittwoch Abend nach Berlin zurückgekehrt. Die von ihm unterbreiteten Vorschläge sollen von der polnischen Regierung, wie ein offizielles Communiqué mitteilt, eingehend geprüft werden.

Hermes verlängert seinen Warschauer Aufenthalt

Warschau, 6. Dezember. (Eig. Funkenbericht.)

Der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Hermes, hat seinen Aufenthalt in Warschau für einen weiteren Tag verlängert. Die „Gloz Prawdy“, die Regierungstreifen nahesteht, erblickt darin ein günstiges Anzeichen und hofft, daß der deutsche Bevollmächtigte seinen bisherigen unangenehmen Standpunkt endlich aufgegeben habe. „Gloz Prawdy“ will jedoch mitzuteilen, daß der Standpunkt Dr. Hermes nach wie vor gegen den Handelsvertrag gerichtet sei. Er habe vor allen Dingen auch die Unterzeichnung des neuen Holzvertrages abgelehnt, nachdem der alte am 4. Dezember abgelaufen ist. „Gloz Prawdy“ erblickt darin ein Anzeichen für die politische Behandlung der Handelsvertragsverhandlungen durch die Reichsregierung. Er knüpft an die aus dem Ausfall der Holzausfuhr für die polnische Handelsbilanz entstehenden Schäden an und fordert die polnische Regierung auf, entsprechende Gegenmaßnahmen gegenüber der Einfuhr deutscher Waren nach Polen anzuordnen. Die offizielle Presse nimmt zu der Lage feierliche Stellung und beschränkt sich darauf, in ausführlicher Weise die Rede Dr. Hermes im Reichstag zu veröffentlichen, aus der sie die gegen Polen gerichteten Stellen in Fettdruck bringt.

A. Kr. Inzwischen haben rechtsstehende deutsche Blätter bereits den Versuch gemacht, diesen neuen, von Hermes veranlaßten Zwischenfall abzulösen oder wenigstens zu bemerken, daß er erledigt sei, da sich die Polen inzwischen überzeugt hätten, daß Hermes in seiner Reichstagsrede nichts gesagt habe, was sie verletzen könne. Wie man sieht, ist das wieder nichts als Täuschung der Öffentlichkeit. Es kommt bei dieser Gelegenheit auch gar nicht so sehr darauf an, was Herr Hermes neulich im Reichstage in seiner Rede über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gesagt hat, sondern es ist an sich schon eine unglückliche Taktlosigkeit, daß der Mann,

der bei diesen Verhandlungen als Unterhändler fungiert, sich erlaubt, außerhalb der Unterhandlungen noch über sie zu sprechen und seinen Verhandlungspartner gleichsam zu zensieren. Solange Herr Hermes selbst die Handelsvertragsverhandlungen führt, kann er unmöglich selbst über sie im Reichstag sprechen. Wer als diplomatischer Vertreter und Unterhändler tätig ist, kann nicht noch in einem anderen Gremium zu den Verhandlungen, die er führt, bezw. zu den in diesen Verhandlungen erörterten Fragen öffentlich Stellung nehmen. Das bedeutet auf jeden Fall eine Störung der Verhandlungen. Will ein solcher Unterhändler seine eigene Meinung zu den Dingen öffentlich kundgeben, so muß er zunächst von seinem Unterhändleramt zurücktreten. Erst wenn er das getan hat, hat er die Hände frei. Man kann den polnischen Unterhändlern nicht zumuten mit einem Mann zu verhandeln, der versucht, auf eben diese Verhandlungen von außen her einen Druck auszuüben. Daß sich die polnischen Unterhändler von ihrem Verhandlungspartner nicht unter dieser Weise unter Druck setzen lassen wollen, ist nur zu verständlich. Unsere Vertreter würden sich das auch verbitten.

Uebrigens ist es auch eine Ungehörigkeit gegenüber seinen Auftraggebern, der Reichsregierung. Auch ihr gegenüber hat er solange keine Freiheit der Kritik in einer Sache, in der er als ihr Beauftragter tätig ist, als diese Tätigkeit andauert. Da würde man ja zu schönen Zuständen gelangen, wenn beauftragte Personen an ihren Auftraggebern öffentlich Kritik üben wollten, während sie noch für sie tätig sind. Ist Herr Hermes mit der Verhandlungsführung nicht einverstanden, so kann er ja zurücktreten und kann dann an der Regierung auch in dieser Sache soviel Kritik üben, wie er will. Aber Sachverhalte im Amt gegen die vorgelegte Dienststelle können unmöglich gebildet werden.

Es wird wahrlich höchste Zeit, daß Herr Hermes nach Hause geschickt wird. Zum Unterhändler ist er einfach nicht geeignet.

Neuorganisation des Faschismus in Bayern

München, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Das Echo auf die Neugründung des „Eiseren“, den sogenannten Heimatschutz, hat das Wesen und die Bedeutung der geplanten „Volksbewegung“ in Bayern enthüllt. Es handelt sich um nichts anderes, als um den Versuch einer Nachahmung der österreichischen Heimatswehr, also der Neuorganisation faschistischer Hilfstruppen für die politische und soziale Reaktion in Bayern, nachdem Zerpfitterung und Führeruneinigkeit die vaterländischen Verbände seit langem zu jämmerlicher Ohnmacht verurteilt haben. Um sich das Wohlwollen der Regierung zu sichern, stellen die Drahtzieher, die allesamt deutschen nationaler Couleur sind, die ganze Aktion als eine Art Hilfsdienst für die Regierung her. Die bei der Gründung gehaltenen Reden, vor allem der Hinweis auf den pflichtmäßigen Einsatz der Person rieht aber so sehr nach hocherrätherischen Vorbereitungen, daß maßgebende Regierungsparteien, die Bayerische Volkspartei und noch mehr der Bauernbund und das Vorgehen Eiserens begarwöhnen und zum Teil offen ablehnen. Diese Kreise sehen in der Heimwehraktion neue Gefahren für ihren wankenden Staat, nachdem gerade in Bayern die Erfahrungen gezeigt haben, daß in diesen faschistischen Wehrverbänden die Nebenregierungslüste den fürchtbarsten Nährboden haben.

Die stärksten Bedenken spricht ein führendes Organ der Bayerischen Volkspartei, die „Mugsburger Postzeitung“ aus, die bereits in der Art der Proklamierung des Heimatschutzes den Anfang einer neuen Untergrabung der Staatsautorität erblickt. Das Blatt warnt besonders dringend davor, daß die Bayerische Volkspartei nicht etwa wie in den Jahren 1921-23 das Menschenmaterial für die Kräfteansprüche der neuen, sogenannten überparteilichen Führer liefert.

Der SPD.-Wahlerfolg in Thüringen

Aus einer vorläufigen Uebersicht über das Ergebnis der Gemeindevahlen in 15 thüringischen Landkreisen ergibt sich, daß die SPD. gegenüber 1925 rund 9000 Stimmen gewonnen, während die KPD. 4000 eingebüßt hat. Der Landbund ist zugunsten der Nationalsozialisten durchschnittlich um 10-15 Prozent zurückgegangen.

Attentat auf Pilsudskis Schloßwache

Warschau, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Am Mittwoch wurde der Kommandant der Wache vor dem Schloß Belvedere in dem Warschauer Pilsudski-Museum von einem unbekannten Mann durch mehrere Revolverkugeln getötet. Eine sofort eingeleitete Untersuchung führte bisher noch zu keinem Ergebnis. Es wurde lebhaft in dem angrenzenden Park ein früherer Soldat mit einem geladenen Revolver in der Tasche aufgefunden, der aber keineswegs mit dem Mord irgend etwas zu tun zu haben. Die Polizei gibt an, daß es sich um einen 24-jährigen handelt.

Neuer Staatspräsident in Oesterreich

Wien, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch abend wurde der Präsident des österreichischen Nationalrates Wilhelm Miklas im dritten Wahlgang mit 84 Stimmen bei Stimmeneinhaltung der Sozialdemokratie zum Bundespräsidenten der Oesterreichischen Republik gewählt.

Der neue Bundespräsident von Oesterreich hat als Christlich sozialer Abgeordneter eines niederösterreichischen Wahlkreises, wo er Direktor einer höheren Schule ist, bereits dem österreichischen Parlament angehört.

Warum die Sozialdemokraten Miklas' Wahl ermöglichten

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte veröffentlicht nachfolgende Erklärung: Die Sozialdemokratische Partei war bereit, jedem außerhalb der Parteien stehenden Wahlbewerber, der die Achtung und das Vertrauen aller Parteien genießt, ihre Stimme zu geben.

Ein feiger Heberfall durch Rote Frontkämpfer

Berlin, 6. Dezember. (Eigener Funbericht.) Das Organ des Leninbundes fñgt den tãgllichen Berichten ũber gewaltsame Verfolgungen durch Thãlmanns Rote Frontkãmpfer einen neuen hinzu. Ein ehemaliges Mitglied der KPD, das heute noch zahlendes Mitglied des Roten Frontkãmpferbundes ist, geriet in einem Lokal der Roten Frontkãmpfer in eine politische Debatte mit dem zustãndigen Abteilungsleiter.

Die Nacht nach dem Verrat

Roman von Liam O'Flaherty Aus dem Englischen ũbertragen von S. Hauser (Deutsche Rechts bei Th. Knaur Nachf. Verlag Berlin W. 50.) Als Gallagher den ersten Schuŕ horte, sprang er wãhrend auf. Er glaubte, daŕ man seinen Befehlen zuwider den Gefangenen erschossen habe, bevor er in die Berge gebracht worden war.

der Abteilungsleiter mit seinen Mannen das Lokal. Auf dem Heimwege wurde der Oppositionelle dann von 15-20 Ruten frantkãmpfern ũberfallen und beratt mit Stãhrten miŕhandelt, daŕ er zu einer Unfallkation gebracht werden muŕte.

Wieder groÙe Worte der Deutschnationalen

Die deutschnationale Reichstagsfraktion treibt Außenpolitik mit alten Lebensfãtern. Sie hat vier Antrãge im Reichstag eingebracht, die wie folgt lauten: 1. Die Reichsregierung zu erlauben, die Einlegung eines internationalen, nur aus Angehorigen von im Weltkrieg neutral gebliebenen Lãndern zu bildenden Schiedsgericht zur Unterlegung der Kriegsschuldfrage unter Offenlegung aller Dokumente der am Weltkrieg beteiligten Lãnder fñr dieses Schiedsgericht zu fordern.

Der Kampf um die Waffenfabrikationskontrolle

Neue Tagung der zustãndigen Vãlterkammerkommission Genf, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommission fñr die Kontrolle der privaten Waffenherstellung trat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorf zu ihrer dritten Tagung zusammen. Der erste Tag verlief wenig verheißungsvoll.

Amerika nimmt teil

Der „Matin“ und der „Ezefior“ wissen heute ũber einstimmend mitzutteilen, daŕ die Teilnahme der Amerikaner an den bevorstehenden Sachverhãndigen Verhandlungen zur Revision des Dawesplanes bereits jetzt vollstãndig und endgũltig gefestigt sei.

Neue Rheinlanddebatte im Unterhaus

Im Unterhaus kam am Mittwoch auf Veranlassung einer Reihe von Abgeordneten der Arbeiterpartei die Frage der Rheinlandbesetzung wiederum zur Sprache. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Wedgwood fragte den AuÙenminister, ob nach der Auffassung der Regierung die Rãumung des Rheinlandes von der Zustimmung Deutschlands zu einer Neuregelung der Reparationsfrage abhãngig gemacht werden sollte.

Lord Cecil gegen Englands Rũstungen

In London trat am Mittwoch unter dem Vorsitz Lord Cecils eine von der britischen Vãlterkammer tagende verãntwortete Friedenskonferenz zusammen. In seiner Erãffnungsrede stellte Lord Cecil fest, daŕ GroÙbritannien mehr als ein Ahtel seiner gesamten Staatsausgaben fñr Rũstungszwecke verwende.

So arbeitet eine sozialistische Regierung

Eine Wirtschaftsbefähigung für die Notleidenden eines ganzen Landes

Braunschweig, 5. Dezember. (Eigener Bericht).
Der Hauptausschuß des braunschweigischen Landtages hat auf Antrag der sozialistischen Regierung auch in diesem Jahre eine Winterbeihilfe für Fürsorgeempfänger beschlossen. Alle Sozialrentner, Kleinrentner, Kräftefürsorgeunterstützten und sonstigen in offener Fürsorge befindlichen Einwohner erhalten eine Wirtschaftsbefähigung von 15 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 10 Mark für die Ehefrau und 7 Mark für jedes Kind. Es werden insalgedessen etwa 14.000 Personen unterstützt. 265.000 Mark sind für Winterbeihilfen von der braunschweigischen Regierung verlangt und vom Hauptausschuß des Landtages bewilligt worden.

Das sozialisierte Arbeitervermögen

Uns wird geschrieben:

Hugenberg kündigt eine neue Offensiv gegen die deutsche Sozialpolitik an, die allem Anschein nach unter dem Schlagwort „Das sozialisierte Arbeitervermögen“ geführt werden soll. Die nötigen Argumente für den bevorstehenden Kampf liefert ein gewisser Sark. Dieser Mann hat sich die Mühe gemacht, die unternehmerischen Einwände gegen die Sozialpolitik in einem Buch zusammenzufassen, das demnächst erscheint und das die Hugenbergschen Geheimnisse über die „Erwege der deutschen Sozialpolitik“ über den „Weg zur sozialen Freiheit“ zu enthüllen verspricht. Die Hugenberg-Presse selbst erwidert sich durch tägliche Artikel bereits jetzt das Verdienst, die „Fehler der deutschen Sozialpolitik und den neuen Weg zur sozialen Freiheit“ der Öffentlichkeit näher zu bringen. In einem dieser Artikel finden wir über das Sarkische Buch folgende Auslassung:

„Durch die ausgebildete Sozialversicherung sind wir soweit gekommen, daß die deutschen Arbeiterfamilien enteignet und ihre Sparvermögen sozialisiert werden. Wenn ein Gehilfenarbeiter im Ruhrgebiet, der einen Wochenlohn von 60 Mark verdient, ein schließlich Arbeitgeberbeiträge, die ja ein Teil seines verdienten Lohnes sind, jährlich 853 Mark an Sozialversicherungsbeiträgen bezahlen muß, werden diese Beiträge kapitalisiert (mit 5 Prozent) bis zum 50. Lebensjahre fast 60.000 Mark und bis zum 60. Lebensjahre 108.000 Mark betragen; wenn die Beiträge eines Arbeiters mit 38 Mark Wochenlohn bis zum 60. Lebensjahre kapitalisiert 34.000 Mark ergeben und man sich vergegenwärtigt, daß das immer nur die Beiträge einer Person aus der Familie sind, dann wird man meine Behauptung — über die Enteignung der Arbeiterfamilien nicht als eine Uebertreibung bezeichnen können.“

Interessant ist an diesen Ausführungen, daß die Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung als ein Teil des Arbeitslohnes angesehen werden. Diese Auffassung ist richtig und nicht neu, nur hat die Hugenbergpresse bis jetzt immer etwas anderes behauptet. Der Rest der obigen Ausführung ist aber ausgesamelter Blödsinn. Behauptet wird z. B., daß der Arbeiter aus dem mit 5 Prozent kapitalisierten Beitragssummen bis zum 50. Lebensjahre ein Vermögen bis zu 60.000 Mark und bis zum 60. Lebensjahre ein solches von 108.000 Mark sparen kann. Das ist natürlich nur möglich, wenn der Arbeiter vom ersten Tage seiner Erwerbstätigkeit an, also nach Vollendung des 16. Lebensjahres, Gehilfen- bzw. Volkshauer wird und es 34 bzw. 44 Jahre ohne Unterbrechung bleibt. Dieser Musterarbeiter darf keine Schicht verräumen, nicht krank werden und auch keinen Unfall erleiden, sonst kann er die jährliche Gesamtbeitragssumme nicht sparen. Der Hafen an der Geschichte ist, daß es einen solchen Bergmann nicht gibt. Es sollte schließlich auch dem Arbeiter der gegenteiligen Behauptung bekannt sein, daß die meisten Ruhrbergarbeiter nach wenigen Jahren schümmer, Arbeit unter der Erde bergfertig sind und inaktiviert werden müssen. Tausende von diesen Proleten, die ohne Licht und Sonne fronen müssen, werden auch geädert oder verstümmelt, wobei der geratene Stein und die Schlagwetter nicht danach fragen, ob der verunglückte Bergarbeiter bereits seine 60.000 bzw. 108.000 Mark gepart hat. Herr Hugenberg und die Seinen fragen aber nicht danach, was aus solchen Unglücklichen und ihren Angehörigen ohne die Solidarhaftung der Sozialversicherung werden soll. Ziel ist nur, die Beiträge der Unternehmer zu der Sozialversicherung zu verringern. Da diese Beiträge aber einen Teil des Arbeitslohnes darstellen, zielt die neue Hugenbergische Offensiv nur auf eine Lohnreduzierung ab.

Man sucht dem deutschen Arbeiter den Abbau der Sozialversicherung durch den Hinweis auf die amerikanischen Verhältnisse schmachtig zu machen, wo der Arbeiter seinen verdienten Lohn ohne Sozialabzüge nach Hauke tragen kann. Wie aber hat sich das Fehlen der Sozialversicherung in Amerika ausgewirkt? Der im November zum Präsidenten der nordamerikanischen Union gewählte Hoover hat einmal gelegentlich eine Lohnenquête festgestellt, daß selbst der amerikanische Durchschnittslohn viel zu niedrig sei, um für die Erhaltung einer Familie auszureichen. Vor allem sind die Kosten für ärztliche Behandlung in Amerika so hoch, daß der Arbeiter sie in den meisten Fällen nicht aufbringen kann. Viele amerikanische Arbeiter müssen auf ärztliche Behandlung verzichten, da sie zu teuer ist. Tausende und Tensende gehen jährlich in den großen amerikanischen Industriestädten zugrunde, weil sie kein Anrecht auf ärztliche Behandlung haben. Die Dinge liegen so, daß sich das System der Sozialversicherung in Deutschland bewährt, während sich die amerikanische Einrichtung als unhaltbar erwiesen hat. Die deutsche Sozialversicherung gibt dem Arbeiter in Krankheits- und Invaliditätsfällen ein Recht auf Behandlung bzw. Erhaltung. Der amerikanische Arbeiter ist dagegen auf Wohlstandsplege angewiesen. Wir können uns nicht denken, daß der deutsche Arbeiter sich damit unversichert erklären könnte, seine höherwertigen Rechte gegen Armenpflege — nennen wir die Dinge doch einmal bei dem richtigen Namen — einzutauschen. Das aber bezweckt man mit der Empfehlung des amerikanischen Systems.

Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit stellen heute ein derartiges Risiko für den Arbeiter dar, daß er unter keinen Umständen auf eine Versicherung verzichten kann. Würde man heute die deutsche Sozialversicherung auflösen, so wäre der Teil der Arbeiter, der über das nötige Einkommen verfügt, gezwungen, eine private Versicherung in Anspruch zu nehmen. Diese würde natürlich weniger leisten als die gegenwärtige Sozialversicherung. Sie würde hohe Dividenden und hohe Tantemien zahlen und den Einfluß des Versicherten, die Demokratie auszuüben, wir können uns des Gefühls nicht erwehren, daß hinter den ständigen Angriffen auf die deutsche Sozialpolitik außer Hugenberg nichts anderes steht als die Spekulation privater Versicherungsgesellschaften, die im Abbau der deutschen Sozialversicherung ein gutes Geschäft wittern.

Ein Steuergehent an die „Tote Hand“ geplant

Die Sozialdemokratie wehrt sich dagegen

Im Steuerantrag des Reichstages wurde am Dienstag ein deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der Grunderwerbssteuer für die sogenannte „Tote Hand“ erörtert. Nach dem Grunderwerbsteuergesetz vom Jahre 1919 wird die Grunderwerbsteuer nicht nur beim Besitzwechsel erhoben, sondern auch bei Grundstücken, die nicht frei veräußert sind oder sich im Eigentum von Personenvereinigungen, Anstalten und dergleichen befinden. Die Steuer wird zum erstenmal am 1. Januar 1920 tritt.

In der Debatte sprachen sich die Vertreter der Deutschen Nationalen, Abg. Kademacher, und der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Hoff, für die sofortige Aufhebung der Steuer aus, da sie in das heutige Steuersystem nicht mehr hineinpaße. Der Vertreter des Zentrums, Abg. Herold, anerkennt zwar grundsätzlich die Berechtigung der Steuer, äußerte aber starke Bedenken, soweit durch sie die Zitekommisse und das Kirchengut erfaßt werden. Die Vertreter der Länder erklärten sich lediglich mit einer befristeten Hinausschiebung des ersten Erhebungstermins einverstanden. Länder und Gemeinden könnten auf ihre Einnahmen aus dieser Steuerquelle nicht verzichten.

Den Standpunkt der Sozialdemokratie legte Abg. Reil dar. Er wies darauf hin, daß ähnliche Steuern bereits in der Vorkriegszeit bestanden haben. Der Grundgedanke der Besteuerung der Toten Hand sei auch gegenwärtig durchaus berechtigt. Die Sozialdemokratie wende sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Aufhebung der Steuer. Wenn das Gesetz in der Fassung, wie es im Jahre 1919 beschlossen sei, infolge technischer Schwierigkeiten gegenwärtig nicht durchgeführt werden könne, so sei eine kurzfristige Verschiebung des ersten Erhebungstermins kaum zu umgehen. Die Neuregelung müsse aber im Zusammenhang mit den anderen Steuervorlagen, insbesondere mit dem Steuervereinfachungsgesetz, erfolgen. Daher empfehle sich eine befristete Verschiebung etwa bis zum 31. März 1930.

Staatssekretär Dr. Popik erklärte, das Gesetz erweisse sich in seiner gegenwärtigen Fassung als undurchführbar. Es sei das einzige Gesetz, das seit dem Jahre 1919 unverändert geblieben ist. Daher hätten auch Ausführungsbestimmungen nicht erlassen werden können. Die Bewältigung dieser Schwierigkeiten müsse durch ein Gesetz erfolgen, das z. B. der im Grunderwerbsteuergesetz vorgelebene gemeine Wert nur durch ein Gesetz, nicht aber durch eine Ausführungsbestimmung besetzt werden könne. Die Reichsregierung halte den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Steuer nicht für vertretbar. Sie sei deshalb lediglich mit einer Hinausschiebung einverstanden, die eine spätere Regelung vorsehe.

Auch der Abg. Hülllein (Komm.) wandte sich gegen die Aufhebung der Steuer, während der Abg. Kademacher (Dn.) in einer zweiten Rede meinte, wenn die Steuer nicht aufgehoben werde, empfehle sich eine Befristung der Hinausschiebung, damit die Steuerpflichtigen rechtzeitig wachen können.

Der Ausschuß vertagte sodann die Weiterberatung auf den 11. Dezember.

Die Umgemeindungen im Ruhrgebiet

Bochum, 4. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die kommunale Reorganisation des Westens ist ein Problem, an dessen Lösung schon seit einigen Jahren gearbeitet wird, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, eine definitive Regelung zu erreichen. Die Oberbürgermeister der sechs Ruhrgrößstädte Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen und Gelsenkirchen haben sich bereits untereinander verständigt, während die Mittelstädte diesem „Pakt“ ihrerseits einen Protest entgegensetzten. Jetzt weist der preußische Innenminister Grzeleski im Umgemeindungsgebiet, um sich bei den Vertretern der Behörden und den beteiligten Kommunalverwaltungen über die zur Behandlung stehenden Fragen persönlich zu unterrichten.

Hierzu erfahren wir, daß der Minister die bei seinem Aufenthalt im Umgemeindungsgebiet gewonnenen Eindrücke sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin zusammenfassend bearbeiten wird. Die Fertigstellung der Gesetzesvorlage des Innenministeriums wird mit derartigster Beschleunigung erfolgen, daß der Entwurf noch im Laufe des Dezember dem Kabinett vorgelegt werden kann. Bei den Maßnahmen für die kommunale Neuorganisation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind für den Innenminister zwei Gesichtspunkte von ausschlaggebender Bedeutung: 1. muß die jetzige Umgemeindungsgesetz gleichzeitig ein Stück praktischer Verwaltungsreform sein, d. h. es soll überflüssige Behördenarbeit, die parallel oder überläuft, beseitigt werden; 2. muß durch die jetzt zu treffenden kommunalen Reorganisationsmaßnahmen eine Art Lastenausgleich geschaffen werden. Der zweite Gesichtspunkt wird wie folgt begründet: Es ist nicht einzusehen, daß irgend eine Gemeinde, die durch einen Zufall besonders begünstigt ist, beispielsweise dadurch, daß sich eine Anzahl von Sägen- oder Industrieanlagen auf ihrem Gebiet befinden, die erhebliche Steuerbeiträge abwerfen, nicht dazu beitragen soll, andere Gemeinden, die weniger begünstigt sind, durch Veränderung der kommunalen Grenzen finanziell zu stärken. Das Ziel

der kommunalen Reorganisationsmaßnahmen muß sein, eine mögliche Gleichstellung aller Bewohner dieses wichtigen Wirtschaftsgebiets in Bezug auf ihre kulturellen, hygienischen und sozialen Bedürfnisse zu erreichen. Die hier so dicht aneinander angrenzenden Gemeinden müssen zusammenwirken, um die Lasten auszugleichen. Für Kirchlumpolitik ist hier kein Raum mehr.

Die Klage der Phosgen-Geschädigten

Hamburg, 5. Dezember. (Eigener Bericht.)

Die Hamburger Zivilkammer beschäftigte sich am Mittwoch mit der Klage der Phosgen-Geschädigten gegen den Hamburger Staat. Die geschädigten Personen, die sich zu einer Nachgemeinschaft verbunden haben, fordern Entschädigung des ihnen durch die Katastrophe entstandenen Schadens. Der beklagte Hamburger Staat behauptet dagegen, daß die Vorschriften über die Lagerung eingehalten worden sind und die Gefahr, in der das Giftgas lagerte, für alle Arten von Industrieunternehmungen freigegeben sei. Im übrigen seien Klagen über Ausdüstungen von Giftgasen niemals erhoben worden.

Im Verlauf der Verhandlungen kamen beide Parteien ausführlich zum Wort. Die Kläger stützen ihre Ansprüche auf Artikel 131 der Reichsverfassung in Verbindung mit dem Hamburgischen Staatshaftungsgezet und auf alle reichsgerichtlichen und hamburgischen Vorschriften über die Haftung für außerkontrafaktischen Verschulden, insbesondere aber auf § 323 des BGB. hzw. auf die Bestimmungen der polizeilichen Verordnungen. Sie verlangen, daß die Richter den Schaden in der gesamten Höhe dulden dürfen. Der Vertreter des Hamburger Senats erklärte, daß es sich um ein Elementarereignis gehandelt habe, das nach menschlicher Kenntnis und Vorkehrung unmöglich gehalten werden müsse. Die Ursache des Unglücks liege sich wohl überhaupt nicht aufklären. Da ein strafbares Verschulden irgend eines Hamburger Organs nicht vorliege, sei es zwecklos, andere Rechtsgrundlagen als das Staatshaftungsgezet heranzuziehen. Die darauf begründete Klage lege jedoch eine Umverpflichtung voraus, von der aber keine Rede sein könne. Der Hamburger Senat habe alles getan, um ein Unglück zu verhüten. Die Entscheidung der Zivilkammer soll am 11. Dezember fallen.

Die RPD.-Krise

Essen, 5. Dezember. (Eigener Funbericht.)

Die Krise in der RPD. des Industriegebietes zieht weitere Kreise. Bei dem vor kurzem in Essen gegründeten westdeutschen RPD.-Abendblatt „Die Welt am Abend“ gab es plötzlich eine Redaktorenbesetzung. Die bisherigen Redakteure Heijer und Kudert, die den politischen Teil der Zeitung bearbeiteten, sowie der verantwortliche Redakteur Georg Schwarz, der das Feuilleton bearbeitete, sind entlassen worden.

Wie verlautet, sind die Gründe für die Entlassungen darin zu suchen, daß die Redakteure sich weigerten, während des Kampfes in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie in ihrem Blatt die kommunistische Generalstreikparole zu unterstützen.

Das Urteil im Werkspionage-Prozess

In dem Werkspionage-Prozess in Ludwigs- haben wurde der Angeklagte Hellmann zu einem Jahre, der Angeklagte Schwarzwälder zu neun Monaten und der Angeklagte Müller zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Magin wurde freigesprochen.

Der Staatsanwalt hatte gegen Hellmann ein Jahr und zehn Monate, gegen Schwarzwälder ein Jahr und acht Monate, gegen Müller zehn Monate und gegen Magin drei Monate Gefängnis beantragt.

Reform der Schwurgerichte in Frankreich

Paris, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Unabhängig der Beratung des Budgets des Justizministeriums in der Kammer kam es am Mittwoch zu einer lebhaften Diskussion über die Schwurgerichte, deren Tätigkeit von verschiedenen Abgeordneten scharf kritisiert wurde. Justizminister Barthou erklärte, die Einrichtung der Geschworenengerichte selbst lasse die Regierung nicht antasten, aber sie sei bereit, der Kammer ein Reformprojekt vorzulegen, durch das Mißbräuche künftig ausgeschlossen würden. In der Nachmittagsitzung teilte der Berichterstatter des Finanzbudgets mit, daß die Finanzkommission 213.000 Franken vom geforderten Kredit gestrichen habe, um dem Justizminister nahe zu bringen, daß eine Reform gewünscht werde. Justizminister Barthou habe sich dann auch mit der Behandlung der Angelegenheit in der Kammer für Januar einverstanden erklärt.

Der Abg. Doebbe verlangte in seiner zum Budget des Justizministeriums gehaltenen Rede, daß die Gerichte im Eilsatz künftig mit deutschsprachigen Beamten besetzt würden. Man könne der Bevölkerung, die zum größten Teil des Französischen nicht mächtig sei, unmöglich verweigern, in der Muttersprache ihre Verteidigung vorzubringen. Ministerpräsident Poincare und Justizminister Barthou erklärten übereinstimmend, daß die Regierung diesen Standpunkt völlig teile. Wenn bisher vielfach noch viele Richter im Eilsatz befallen würden, die das Deutsche nicht verstanden, so läge dies lediglich daran, daß noch nicht genügend deutschsprachige Richter vorhanden seien.

Vor der Einigung mit Belgien

In der Frage der Papiermarktbeiträge

In der Finanzkommission der Kammer teilte der Finanzminister am Mittwoch mit, daß die Verhandlungen über die in Belgien verblichene 6 Milliarden Papiermark sich bereits in einem vorgeschrittenen Stadium befänden. Darüber, ob diese Verhandlungen sich auf die Allerten beschränken, oder ob auch die deutsche Regierung daran beteiligt ist, äußerte sich der Minister nicht.



Eine ganze Heerschar von

leckeren Kuchen, Torten, Puddings usw. können Sie kinderleicht nach Dr. Oetker's neuem farblich illustrierten Rezeptbuch, Ausgabe F herstellen, das Sie für 15 Pfennig bei Ihrem Kaufmann bekommen können. Sie erfahren aus dem Buch auch Näheres über den vorzüglichen **Backapparat „Küchenwunder“** mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. — Dr. Oetker's Backin-Backpulver, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin usw. sind in allen Geschäften stets

frisch zu haben. — In völlig neuer Bearbeitung ist **Dr. Oetker's Schulkochbuch** Ausgabe C wieder erschienen. Es will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden ein guter Ratgeber in der Haushaltsführung sein. Zahlreiche farbige Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- und Einmache-Rezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist, wo nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfennig in Marken von mir direkt zu beziehen. Sie erhalten Dr. Oetker's Fabrikate nur in Originalpackungen, niemals lose, mit der Schutzmarke „Oetker's Hellskopf“ in allen einschlägigen Geschäften. **Dr. August Oetker, Bielefeld.**

Kraftfahrer!

Werte Kollegen!
 Montag, den 10. Dezember 1928
 abends 20 Uhr
 Saal in Reichenbach im
 Norddeutschen Hof (im
 Minut vom Bahnhof) eine
Versammlung
 aller Berufskraftfahrer
 statt, wozu alle Kollegen höf-
 lichst eingeladen sind. Tages-
 ordnung wird demselbst bekannt-
 gegeben. 2618
 Mit kollegialem Gruß!
 Sekret. der Berufskraftfahrer
 im N. D. H. (fr. Langenbühlau
 und Umgebung).
 Der Sektionsleiter.

Sprechapparate
Schallplatten
 Große Auswahl
 Niedrige Preise
 Teilzahlung nach Wunsch
Matthias
 Frieschelpatz 5

2 Betten
 Stuhl, vollert mit Spiral
 und Auflagen 150 Mk.
Möbelhaus
Scholz
 Matthiasstraße 132.

Jeder Arbeiter raucht
Sublims-Stumpfen
 würzige, pikante Zigarre
 nur 5 Pf. das Stück
C. Kretschmer
 Schmiedebrücke 29 b.

Der gute
Schrittführer
 und Berichterstatler
 Hilfsbuch für alle in der
 Arbeiterbewegung
 schriftlich Tätigen
 Preis 40 Pf.
Volksrecht-Buchhandlung

Kaufläden
Kaufe
 gebrachte Möbel
 sowie ganze Haushalte
Rudolf Beck
 Etzdorfer 23.

4 Mäntel

Reinwollene Stoffe
mit imitiert. Pelzbesatz,
moderne Verarbeitung

12⁷⁵

Ottomane
reichl. imit. Pelzkragen,
ganz auf Kunsts.-Futter

26⁰⁰

Stoffe engl. Art
mit großem imitiertem
Pelzkragen

18⁵⁰

Reinwollene
warme Velourstoffe
auf Damassé gefüttert

29⁷⁵

4

Preise
von Beweiskraft

Die günstige Kaufgelegenheit bei

BARASCH

Sie verdienen täglich
 10 Mt. an Schnürrenten. Nur
 persönlich kommen.

Reste
 in Serge, Mittel, Weinwand
 Hermelfutter, Robbaar,
 Garn, Knöpfe, Acrylfelle,
 Edel, alles sehr billig, prima
 Ware • Detail und Engros
Bertold Lippert
 Heinrichstraße 16 847
 3. Etage Oberstraße 17
 und Bethnerstraße 48.

Druckerei Volkswacht
 fertigt moderne Drucksachen
 Breslau 2 Flurstraße 4/6

Das Geld ist knapp.
 Bei mir erhalten Sie
 gegen bequeme 18249

Teilzahlung
 reell und preiswert

Damenmäntel	2.-
Kleider	2.-
Kostüme	2.-
Röcke	1.-
Blusen	1.-
Herrnanzüge	3.-
Sportanzüge	3.-
Hosen	2.-
Herrnanzüge	3.-
Kontinental-Anzüge	3.-
Luxuschuhe	2.-
Arbeitschuhe	2.-
Bettstellen, einzelne für	1.-
Kinder und für Erw.	2.-
Mattressen	2.-
Federn	1.-
Bettbezüge	1.-
Bettdecken	1.-
Leibwäsche für Damen	1.-
und Herren	1.-
Oberhemden	1.-
Trikotagen	1.-
Pullover	1.-
Madras-Gardinen	1.-
Tüll-Gardinen	1.-
Teppiche	2.-
Läuferstoffe	1.-
Linoleum	1.-
Schirme	1.-
Korbmöbel	1.-
Fahrräder	3.-
Kinderwagen	2.-
Puppenwagen	2.-
Sprechapparate	3.-
Schallplatten	1.-
Gelben	1.-
Mandolinen	1.-
Leuten	2.-
Gitarren	2.-
Zithern	1.-
Ziehharmonikas	2.-

Alfred Mücke
 BRESLAU
 Tauentzienstraße 51

Proletarier!
 Beseitigt die Hindernisse des
 Sprachschranken! Lernt die
 Weltsprache Esperanto,
 die von Arbeitern aller Nationen
 gesprochen und verwendet wird.

Lederjacken
 32.- 42.- 52.-
Geb. Tischler, Taschenstr. 9
 16118 Spezialgeschäft

Buchhandlung Volkswacht
 Modernes Antiquariat
 Breslau 3 Neue Gruppenstraße 5

Alfred Mücke
 BRESLAU
 Tauentzienstraße 51

Breslauer-Weihnachts-Anzeiger

**Kein Weihnachtstisch
 ohne Radio**
 vom größten Spezialgeschäft Breslans
Radio-Wachtplatz
 Friedrich-Wilhelm-Straße 16
 Telephon 591 66 Teilzahlung
 Mitglied des Arbeiter-Radio-Bundes

**Fahrräder • Nähmaschinen
 Sprechapparate und Platten**
 reell, billig, unter günstigen
 Zahlungsbedingungen (separ.
 Vorspielraum) Ausführung
 sämtlicher Reparaturen in
 bestergerichteter Werkstatt
Unterberger, Mechaniker
 Scheiniger Straße 38

Gut und reell
 kaufen Sie bei
Nothenberg
 Scheiniger Str. 19
 Geben Sie dieses Inserat an der
 Kasse ab, so zahlen Sie 4% weniger

Wirtschafts-Artikel
 Porzellan- und Stahlwaren
 als
Geschenkartikel
 empfiehlt preiswert
Noster & Moesner
 Eisenwaren-Werkzeuge
 Breslau 8, Tauentzienstraße 116.
 Fernsprecher Nr. 27680.

Gustav Blasse
 Reuschstraße 58/59
 Spez.: **Simson-Strümpfe**
 Strumpfwaren • Trikotagen
 ••••• Kurzwaren •••••

**Märchen- und
 Jugendbücher**
 empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Volksrecht-Buchhandlungen
 Neue Gruppenstraße 5
 Neue Taschenstraße 11
 Flurstraße 4/6

Praktische
Weihnachts-Geschenke
 Schränke, Bettstellen, Tische, Stühle,
 Sofas, Chaiselongues, Flurgarderoben,
 Schreibtische, Standuhren, Nähstiche,
 Rauchtische, Bilder,
 mod. Küchen usw. auf **Kredit**
Rosenblatt, Kohlenstr. 15
 Anst. : Wilhelmstraße 11 (Meyerstr.)

Reinhold Schoepke
 Gräbischer Straße 42
Eisenwaren/Werkzeuge
 Rodelschleifen/Schleifschuhe
 Eisene Bettstellen / Auflegemattzen
Haus- und Küchengeräte

**Herrn- und
 Knaben-Bekleidung**
 fertig
 und nach Maß,
 in modernsten Stoffen,
 vom Billigsten bis zum Besten
Adolf Stenger
 Breslau • Nikolaistraße 10/11

Sprechapparate / Schallplatten
 nur beste Marken
 Beka / Parlophon / Odeon / Derby
„Parlophon-Haus“
 Deutsche Schallplatten-Gesellschaft
 Gadiel & Co., Gartenstraße 85

Die stadtbekannteste Firma
Friedrich Gessner
 Musikinstrumentenbau
 und -Handlung
 Breslau I, Weidenstr. 20
 empfiehlt beste
 Qualitätsmusikinstrumente
 zu billigsten Preisen.
Sonder-Rabatt 5%
 Fernspr. 54892

Genossen, deckt die Weihnachts-Einkäufe nur bei den Inserenten unserer Zeitung!

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 6. Dezember 1928.

Bürgermeister Dr. Herschel †

Gestern nachmittag wurden die gerade im Ausschuss tätigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Nachricht überrascht, daß Bürgermeister Dr. Herschel gestorben sei.

Als Breslauer Stadtverordneter war er bereits lange in der Parteiführung tätig. Er gehörte hier zu den bekanntesten Köpfen der Versammlung und war ein geschätzter Debatteredner.

Daß Dr. Herschel 1924 als Nachfolger von Dr. Trentin zum Bürgermeister gewählt wurde, war kein Vorteil für die Stadt.

Der Herrscher über die Stadt war Dr. Herschel. Er wurde erst im dritten Wahlgang mit 37 gegen 34 Stimmen gewählt.

Verstorbene, lieber Nikolaus!

Du bist längst entbehrt worden!

Mit einem bangen Blick frug ein kleines Mädchen die Mutter im Straßenbahnzuge, ob nun bald der Nikolaus komme.

Bei den größeren Kindern ist ja keine Verwunderung über die Wirksamkeit ihres Namens längst ein abgedroschenes Kapitel.

wissen ganz genau, daß du der Schulgelehrte aus dem Hause, oder die Frau Maier von 4 Treppen oder der Hausmeister aus dem 1. Stock bist.

Es müßte dir eigentlich schon klar geworden sein, daß du zwischen Kindern und Eltern eine Kluft errichtest.

Na, denkst du, daß wissende Kinder das Geheimnis nicht zu ergründen suchen? Die ganz besonders ausgeprägten Kinderphantasten suchen doch zu ergründen, warum das Theater gemacht wird.

Die Frage soll gelten, du gehörst zu dem lieben Christkind, denn mit dem ist es auch Zeit in die Kumpelstammer bei rückständigen Vätern und Müttern nicht ihr beide ja noch Daseinsrecht haben.

Ich dir, lieber Knecht Rupprecht, deine Ueberflüssigkeit bei den Arbeiterkindern schon klar geworden? Du wirst noch weiter dorthin gehen, wo die Eltern nach dir verlangen.

Verstorbene also, lieber Nikolaus, du bist längst überflüssig geworden; der Ernst des Lebens tritt heutzutage an die proletarierkinder so zeitig heran.

Weihnachtsausstellung des Arbeiter-Bildungs-Ausschusses

Der Arbeiter-Bildungs-Ausschuss Breslau veranlaßt zusammen mit dem Bauhüttenbetriebsverband, Bezirk Schlesien, von Sonntag, den 9. Dezember bis einschließlich Sonntag, den 16. Dezember in den Ausstellungsräumen des Bauhüttenbetriebsverbandes, im Hof des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, wie alljährlich, eine Weihnachtsausstellung.

Ausgestellt werden gute Bücher für Erwachsene, für die Jugend und für Kinder, ferner gute Bilder, die als Zimmerschmuck geeignet sind, und Musterzimmer für die Einrichtung von proletarierwohnungen.

Sozialistischer Schulungskursus Heute abend spricht Genosse Dr. Hamburger über die kulturpolitischen Aufgaben der Sozialdemokratie in der Schule.

Funktionärversammlung der Partei

Im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses waren gestern die Funktionäre der Partei versammelt, um ein Referat des Genossen Dr. Marx zu hören und zu den innerparteilichen Fragen Stellung zu nehmen.

Wir sollen uns nicht täuschen über die Wahlerfolge, die wir auf Kosten der Kommunisten erzielen, die ganz in der Zerlegung begriffen sind.

Zuletzt kam der Redner auf einige Vorgänge im Breslauer Richtungsgreife zu sprechen. Ein solcher Streit hat immer bestanden.

Scharfe, ungerechte Angriffe, die Genosse Koshi auf der Bezirkskonferenz der Ortsauschüsse des UGB. Schließen gegen die Führung der SPD. Breslau, die Bildungsarbeit der Partei und die Jungsozialisten gerichtet hat, sind durch wohlüberlegte, unterstreichende Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Gewerkschaften auch zur Kenntnis der Gegner gelangt.

Das Reichsministerium des Innern hat eine Zusammenstellung der Wappen, Flaggen und Farben des Reiches und der Länder herausgegeben.

Die Funktionärversammlung Groß-Breslau fordert erneut und mit aller Entschiedenheit den Rücktritt der parteieigenen Minister von der Reichsregierung.

Wappen und Flaggen des Deutschen Reichs und der Länder

Das Reichsministerium des Innern hat eine Zusammenstellung der Wappen, Flaggen und Farben des Reiches und der Länder herausgegeben.

Ein neues städtisches Museum in Breslau

Im Kreuzgang des hiesigen Bernhardinerklosters ist ein sogenanntes Lapidarium eingerichtet worden, d. h. eine Stelle, an der Steinentwürfe der Vergangenheit, Architekturteile, Freischnitten, Bauplastik u. dergl., der öffentlichen Besichtigung zugänglich, aufbewahrt werden.

des 15. Jahrhunderts, bei der die kühn durchbrochene Arbeit förmlich als Nachahmung von Holzschneidwerk auftritt.

Ausstellung Räte Ephraim-Markus

Diese Gemäldeausstellung, ergänzt durch Zeichnungen und Aquarelle der Breslauer Künstlerin, zeigt ihre Arbeit in einem Stadium, in dem der Aufbau ihrer Welt stark und überzeugend hervortritt.

zugleich, aufgefunden im stillen und doch behaglichen Zuschauen, gibt diesen Bildern aus Pariser Cafés eine über das Zufällige hinausgehende Geltung.

Alene Breslauer Nachrichten

Darf dem Hackfleisch Kochsalz zugefetzt werden?

Nachdruck verboten!
Der Polizeipräsident in Breslau hatte am 3. Mai 1927 eine Polizeiverordnung erlassen, die u. a. vorschreibt, daß bei Abgabe von rohem Hackfleisch die Beimischung von Zusätzen jeglicher Art verboten ist. Auf Grund dieser Vorschrift war der Fleischermeister G. M. in Strafe genommen worden, weil in dem Hackfleisch, welches er eines Tages in der Markthalle feilgehalten und verkauft habe, 0,92 Prozent Kochsalz enthalten gewesen sei. Nachdem Fleischermeister M. zur Verantwortung gezogen worden war, beantragte er gerichtliche Entscheidung und betonte, er habe durch ein Plakat an seinem Stande bekannt gemacht, daß in reinem Hackfleisch etwas Salz enthalten sei, damit sich das Hackfleisch besser halte. Dies sei zulässig und könne nicht durch Polizeiverordnung verboten werden. Das Amtsgericht verurteilte aber den angeklagten Fleischermeister zu einer Geldstrafe und erklärte die erwähnte Vorschrift der Polizeiverordnung vom 3. Mai 1927 für rechtskräftig. Diese Entscheidung forderte Fleischermeister M. durch Revision beim Kammergericht an und beantragte seine Freisprechung, weil die Polizeiverordnung neben dem neuen Lebensmittelgesetz nicht mehr erlassen werden dürfe, da das neue Lebensmittelgesetz die Materie erschöpfend regle. Der I. Strafsenat des Kammergerichts hob auch die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei, indem u. a. ausgeführt wurde, die Gründe der Revision greifen zwar nicht durch, gleichwohl könne die in Rede stehende Vorschrift der Polizeiverordnung vom 3. Mai 1927 nicht als rechtlich anzuwenden werden. Das neue Lebensmittelgesetz regle die Materie nicht erschöpfend und lasse Polizeiverordnungen bestehen, die Gesundheitsgefährden vom Publikum abwenden wollen. Aus dem Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz sei aber unzweifelhaft zu folgern, daß dem Bundesrat bzw. der Reichsregierung die Befugnis erteilt sei, darüber Bestimmungen zu treffen, welche Zusätze dem Hackfleisch gemacht werden dürfen; diese Befugnis liege der Polizeibehörde nicht zu. Ein Zusatz von Salz zum Hackfleisch, der gesundheitsschädlich sei, könne aber nach dem neuen Lebensmittelgesetz eine Verurteilung des betreffenden Fleischermeisters herbeiführen. Da nicht mehr mit Zuverlässigkeit fest-

gestellt werden könne, daß M. dem Hackfleisch Kochsalz in solcher Menge zugefetzt habe, daß es dadurch gesundheitsschädlich geworden sei, müsse auf Freisprechung des Angeklagten erkannt werden. (I. S. 561. 28.)

Verurteilter Totschlag

Am 15. September wurde der Apotheker Karl Kalbhen unter dem Verdacht des verurteilten Totschlags an seiner Ehefrau verhaftet. Wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, ist im Haftprüfungstermin die Aufrechterhaltung des Haftbefehls bejahend worden da dringender Tatverdacht sowie auch Fluchtverdacht vorliegt.

Im Bericht über die Versammlung des Volksbundes für Neue Erziehung war am Schluß irrtümlicherweise Rektor Gabriel als Leiter der Versammlung angegeben worden. In Wirklichkeit war der Vorsitzende des Volksbundes für Neue Erziehung, Direktor G. n. z. Müller, der Leiter.

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Montag, 10. Dezember, 20 Uhr, Sitzungszimmer 1 der „Bier-Tageszeiten“ (Gartenstraße), Vortrag von Frau Berta K. a. m. über das pazifistische Buch der jungen Generation „Jahrgang 1902“ von Ernst Glaeser. Gäste willkommen. Antikostenbeitrag für Mitglieder 20 Pf., für Gäste 50 Pf.

Den Vorkauf zur Vorkaufzeit gibt die Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei durch einen bekränzten Biererzug, der von vier belgischen Rotshimmeln gezogen, seit Sonnabend durch die Straßen Breslaus fährt und von weißhädigen, lederbesetzten Bierwagen begleitet, zwei stenge Musiker mit Musikinstrumenten und Schultheiß-Weißbier präsentiert.

Ueber die Hundsjahresverkörperung veröffentlicht die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn im Anzeigentell eine Bekanntmachung, auf die wir an dieser Stelle besonders hinweisen.

Straßenbahn und Radfahrer. An der Ecke Stern- und Döbberstraße fuhr am Mittwoch früh der radfahrende Arbeiter Konrad G. r. h., Marktstraße 15. wohnhaft, mit einem Straßenbahnzuge der Linie 10 zusammen und erlitt erhebliche Verletzungen, die seine Entlieferung in das Allerheiligsten-Hospital erforderlich machten.

Zum dritten Male das Schaufenster ausgeräumt. In der vergangenen Nacht ist bei dem Pelzwarengeschäft von Josef Kornlein, Kupferstraße 44, zum dritten Male seit kurzer Zeit das Schaufenster eingeschlagen und die in der Auslage ausgestellten Pelzwaren gestohlen worden.

Tot aufgefunden wurde am Mittwoch nachmittag in seiner Wohnung Georgenstr. 4 der Tapezierer Kurt B. Er hatte sich mit Leuchtgas vergiftet.

Bermittelt werden: 1. Seit dem 30. November der Schulmacherschilling Richard Wehste in, geboren am 19. Novbr. 1911 zu Baumgarten, Kreis Breslau, vorzeitig bei den Eltern wohnhaft gewesen. In Breslau war er in der Lehre. 2. Seit 29. November die Hauswirtschafterin Elisabeth Martha März, geboren 20. Dezember 1912 zu Breslau, hier, Nikolaistraße 35 wohnhaft gewesen.

Bodenkammerbruch. Aus einer Bodenkammer des Hauses Pfaffenstraße 13 wurden von unbekanntem Täter Bettten im Werte von 200 Mark gestohlen. Die Einbrecher schütteten den Rest einer Hausangestellten aus, packten ihre Beute hinein und verschwand.

Kindesleiche im Müll. Auf dem Müllabfuhrplatz in Morgenau wurde am Mittwoch vormittag beim Entladen eines Müllwagens eine männliche Kindesleiche (Phöbus) gefunden, die sofort nach der Geburt in den Müllkasten geworfen worden sein muß.

Arbeiter-Sport

S. M. V. B. Arbeitsgemeinschaft der Schwimmmeister. Nächste Zusammenkunft Sonnabend, 8. Dezember, 20 1/2 Uhr. Gewerkschaftsbau. Winterportfahrt ins Riesengebirge (nur wenn die S-Büge fahren). Abfahrt Sonntag früh 5.24 Uhr. Sonntagstour nach Reinersdorf.

Schachnachrichten. Sonntag, den 9. Dezember, normittags 9 Uhr, im Gewerkschaftsbau Zimmer 7/8 wird die dritte Runde der Arbeiter-Sportwettkämpfe gespielt.

Arbeiter-Athleten-Verein. Donnerstag nach der Übungsstunde: Funktionärsversammlung. Freie Turnerschaft Breslau. 8. Männerabteilung. Freitag, 6 1/2 Uhr, bei Schiel: Generalprobe. Turnen fällt Sonnabend aus.

Stadt-Theater
(Opernhaus).
Donnerstag 6.00
20 bis 22.30 Uhr:
Der fliegende Holländer
Freitag
19.30 bis nach 22.30 Uhr
7. Abonn.-Vorst. Serie H
Margarete
Sonnabend
19.30 bis, gegen 22.45:
Die Zauberflöte

Schauspielhaus
Operettenbühne - Tel. 36890
Sagitt 20 Uhr:
Der große Operettenfolg!
Die Herzogin von Chicago
Sonnabend u. Mittwochs 15 1/2
Nachmittags 3 1/2 Uhr):
Dans im Glück
Ein Märchen für groß u. Klein
in 11 Bildern.
Märchenpreise:
Parfett Nr. 1.50 ufm.
Sonntag 15 1/2 Uhr
(nachmittags 3 1/2 Uhr):
Die Försterwitwe
Sonntag 20 Uhr:
Zum 50. Male!

Die Herzogin von Chicago

Lobe-Theater
Vingst 8. Tel. 56747
Donnerstag 20, 15 Uhr
und Freitag:
Die Brüderstricker
von Bert Brecht,
Musik von Kurt Weill.
Sonntag 15.30 Uhr:
Kater Lampe.

Thalia-Theater
(Tel. 56747) 2001
Donnerstag 20, 15 Uhr
und Freitag:
**Kapitän Brachmonts
Beladung**
Komödie in 3 Akten
von Hugo von Hofmannsthal
Sonntag 15.30 Uhr:
**In heißen Stellen
Wie es end' gefühlt!**



Sie sollen es wissen

dass der Weg zu mir der lohnendste für Sie ist! Sie erkennen es selbst, wenn Sie die hervorragenden Qualitäten mit meinen überaus günstigen Preisen vergleichen. Dann steht Ihr Entschluss fest: Sie kaufen Ihren Wintermantel bei mir!

Meine Hauptpreislagen:
29⁵⁰ 35⁰⁰ 48⁰⁰ 65⁰⁰ 78⁰⁰

Eigene Anfertigung, daher besonders preiswert

Beachten Sie meine Spezialfenster!

L. Prager

Gegr. 1860 **BRESLAU** Gegr. 1860
Albrechtsstraße 51
Eingang nur Ecke Schuhbrücke

WAPPENHOF.
Heute Donnerstag und morgen Freitag, ab 4 Uhr:
Große Nachmittags-Vorstellung
mit dem neuen ausgezeichneten Dezember-Programm
Eintritt 25 Pf. Ab 8 Uhr:
Große Abend-Vorstellung
mit Ball, 2 Kapellen.

THEATER Urania
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der Detektiv des Jahres
16 Jackson-Girls
und das große Variété-Programm
Eintritt 25 Pf.

Felix Kayser
MUSIKHAUS RING RATHAUS 26
FERNRUF 59008
Musikapparate — Schallplatten
Electrola-Konzerte
finden am
Donnerstag u. Freitag, dem 13. u. 14. Dezember
im großen Saal des Breslauer Konzerthauses statt.
Eintrittskarten sind ab Dienstag à 40, 65 Pf., 1 Mk. erhältlich bei Felix Kayser. Je eine Eintrittskarte wird beim Ankauf einer Electrola-Platte bis zum 5. Januar zum vollen Preis in Zahlung genommen.

Ziehungs 17. und 18. Dezember 1928
Große Gewinnliste
50 Pfennig
Lottomein Alle Gewinne 99% bar Geld
138506 Gewinne und 7 Preisen
500 000
200 000
35 000
50 000
30 000
25 000
20 000
15 000
10 000
Lose 50 Pf., Doppellose 1 RM
Besond. zu empfehlen: **10 Lose 5 M.**
Glücksbriefe **20 Lose 10 M.**
Porto und Liste 30 Pf. extra
Arndt
Lotteriebänk Breslau 5
Am Tauchenzienplatz 1
Postcheck Breslau 2571

Wissen Sie schon? Daß
Kleider - Mäntel - Fuchs
jetzt **wieder Friedrich-Wilhelm-Str.**
aber Nr. 50 ist?
Sonder-Angebot
Herliche **Popelinekleider 6.95, 9.50, 20.00**
Ottomane-Mäntel: 15.00
Lumberjacks 3.95, 6.50, 9.75

Ausschneiden!
Weltberühmte Nürnberger Lebkuchen
allerfeinste Qualität — stets frische Ware
gehören auf jeden Weihnachtstisch und bereiten Freude!
Um jedermann von der Güte und Richthaltigkeit meiner Ware zu überzeugen, versende ich in der Weihnachtzeit komplette Sortimentspackungen der so begehrten echten Nürnberger Lebkuchen zu Engrospreisen, und zwar:
Sortiment I enth. 8 versch. Orig.-Päckchen à 10.
Sortiment II enth. 12 „ „ „ „ „ „ „ „ 16.
Großpackung A enth. 8 „ „ „ „ „ „ „ „ 8.
Großpackung B enth. 10 „ „ „ „ „ „ „ „ 20.
Lassen Sie sich dies vorteilhafte Angebot nicht entgehen, bestellen Sie sofort, auch Sie werden enttäuscht sein.
Gegen Voreinsendung des Betrages franco.
Ferdinand Pösl, Nürnberg
Mehregasse 13
Tausende von Anerkennungen.

Bettfedern
gewaschen, staubfrei und gut füllend
Fertige Betten, Inletts, Bettwäsche
erprobte gute Qualitäten — allerbilligste Preise
Bettenhaus Liebich
Neue Taschenstraße Nr. 1b
(Schragüber vom Viktoria-Theater)
Zur Bettenreinigung empfehle ich meine moderne, neuzeitliche Maschine.

GENOSSEN deckt Euren Bedarf bei allen Reparaturen!

Benutze die Bankkarte
Für 50 Pf. wöchentlich
kann die Bankkarte bei allen Geschäften und bei allen Zahlungen verwendet werden.

Warum den Kopf zerbrechen?
Was Sie auch schenken wollen
zu Bett, Tisch oder Lehnstühle, Strickwaren, Tricotagen, Schapelen, Handtücher, alle Arten Schürzen, Arbeitshosen, Dharmas, Bettdecken, Gardinen, Stubenlampen, Linoleum, Wolldecken, — die besten Auswahl bei uns.
Kaufmann Prager im

Druckerei Volkswacht
Qualitätsdruck aller Drucksachen
Breslau, Marktstraße 4/6

Ein Riesentier der Urwelt gefunden

Ein 200 Zentner schweres Skelett

In der Wüste Gobi, dem Dorado der Archäologen und Urgeschichtsforscher, hat Roy Chapman Andrews, der bekannte Führer der von dem Amerikanischen Naturgeschichtlichen Museum ausgerüsteten Forschungs Expedition, in der Mongolei das Skelett eines Riesentieres gefunden, das mit einem Gewicht von 200 Zentnern das größte Säugetier darstellt, das der Wissenschaft bekannt ist.

Wir haben das ganze Skelett gefunden, konnten es aber wegen seiner Größe nicht vollständig freilegen und müssen die Freilegung auf das nächste Jahr verschieben. Das Ungetüm misst ohne den 3,60 Meter langen Hals in der Länge 7,00 Meter und hat eine Schulterhöhe von 4,20 Meter.

Der Arzt als Morphinhist

Die Berliner Kriminalpolizei hat einen Arzt aus Charlottenburg unter der Beihilfung der Beihilfe zum Raubgiftigen sowie der Beihilfe zur Rezeptfälschung verhaftet. Nach den bisherigen Feststellungen hat der Festgenommene nicht weniger als 500 Raubgiftrezepte ausgeschrieben.

In verschiedenen Berliner Apotheken war seit längerer Zeit ein junger Mann erschienen, der sich auf ordnungsgemäß ausgearbeitete Rezepten größere Mengen Morphium, Kokain und Nether verabreichte ließ. Es fiel schließlich auf, daß die Rezepte stets von demselben Arzt unterschrieben waren und daß auch andere Patienten Rezepte dieses Arztes vorlegten.

Der junge Mann, der inzwischen ermittelt werden konnte, hat der Kriminalpolizei gegenüber ein Geständnis abgelegt. Er entstammt einer angesehenen Berliner Familie, verliert in Abenteurerlust das Elternhaus und geriet schließlich in die französische Fremdenlegation, wo er nach einer längeren Erkrankung an Malaria dem Raubgift verfiel.

Ein amerikanischer Harnann

In Kalifornien wird demnächst ein Kriminalprozeß vor sich gehen, der sich mit einem der sensationellsten Verbrechensfälle befaßt, die je in Nordamerika vorgekommen sind. Die kanadischen Behörden haben dieser Tage den 22-jährigen Farmer Gordon Stewart Northcott und seine Mutter, die beide nach Kanada ausgewandert waren, ausgeliefert.

Der unsinnige Meineidsparagraf

Das Flensburger Schwurgericht verurteilte dieser Tage einen Arbeiter Böle wegen Meineids zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Aberkennung des Rechts zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes. Ein Arbeiter namens Bötzel wollte in einem Gehölz mit einer Art einige starke Zweige abschlagen, um sie als Bohnenstangen zu verwenden.

Ein ungetreuer Postkaffner

Der beim Postamt Berlin-Wilmersdorf angestellte Postkaffner Thäle hat sich wegen im Dienst begangener Unterschlagungen der Polizei gestellt; er hat nach seinem Geständnis zahlreiche Zahlkarten und Postanweisungen gestohlen, in den Dienstbetrieb eingeschmuggelt und die Gelder für sich abgehoben.

Französische Verbrechertolonien

Obwohl die französische Regierung die allmähliche Auflösung der Kulturschande der Verbrechertolonien in Aussicht gestellt hat, ging erst kürzlich wieder ein neuer Transport nach den Teufelsinseln. In der ganzen Welt ist die schlimmste Verwünschung, ins Land, wo der Pfeffer wächst, die Verwünschung der Verbannung.

Vor der Küste Französisch-Guayanas, an der nordöstliche Südamerika, liegen die drei Inseln der Deportierten, die Inseln des Schreckens, des Grauens, der Qual, der Vertiertheit, der rettungslosen Menschenvernichtung.

Zurück zur Küste des Grauens, der Qual, der Vertiertheit, der rettungslosen Menschenvernichtung. Ihr Name, der einst „Inseln des Heils“ war, ist fast vergessen. An ihre Stelle ist der Name der einen, der furchtbarsten, der „Teufelsinsel“, getreten. Niemand in Frankreich kennt die Inseln des Heils, aber den Schauer der Teufelsinseln, den kennt man. Von dem gesundheitsvernichtenden Klima bis zu den nachsichtigeren Todeszellen, von der Grausamkeit der Wächter, die meist selbst Deportierte sind, bis zur bestialischen Wildheit der aller Hoffnung beraubten, von der drakonischen Härte des Gouverneurs und seiner Beamten bis zu den Qualen der Arbeit in Sumpfen und heißem Wüstenland, von der zerstörenden Wucht der Einsamkeit bis zur niedererschmetternden Erkenntnis der ewigen Vernichtung sind hier alle Mittel vereinigt, mit denen ein Mensch der letzten Reste seines Menschentums beraubt werden kann.

Die ungeschützten, nackten Füße von Sandflöhen und anderem Ungeziefer bis zur blutenden Wundheit zerfressen, auf Stunden- und tagelangen Märchen ohne Wasser, sinten sie fast ohne Nahrung, am Rande des Weges nieder! Wer zugrunde geht, geht zugrunde, kaum daß jemand seine Gebeine vergräbt.

Naub und Mord sind an der Tagesordnung, und obwohl schwerste Einzel- und Kerkerhaft jeden Fluchtversuch bedroht, obwohl es fast aussichtslos ist, lebend durch die unendlichen Sümpfe Französisch-Guayanas zu kommen oder an der Küste ein Boot zu finden und sich auf ihm den Gefahren des Ozeans auszuliefern, immer wieder versuchen die unglücklichen Verbannten die Flucht aus dieser irdischen Hölle.

Der Versuch der französischen Justiz, diese Form der Verbannung als ein geeignetes Strafmittel zu beweisen, ist bisher rechtlos geblieben. Die Verbrechertolonien kosten den Staat jährlich Millionen und sind schlimmer als Zuchthaus und Todesstrafe.

Als Londres' Buch die ganze Welt in Erregung versetzte, veranlaßte die französische Regierung eine Untersuchung. Auf Grund dieser Ergebnisse wurde manches gebeßert, wurden manche Verbordnungen erlassen, aber die Regierung erkannte, daß es weder an den Verbordnungen, noch an den Menschen, die sie durchführten, lag. Sie sah, daß die Verhältnisse sich zwangsläufig entwickelten, daß das Prinzip nur seine logischen Folgen zeitigte, gegen die es keine Abwehr gab.

Aber die Welt ist durch Londres' Schilderungen auf die un-erträglichen Zustände in den französischen Straffolonien aufmerksam geworden, sie wird nicht eher schweigen, bis Frankreich diese Kulturschande beseitigt hat.

Auch das faschistische Italien kennt übrigens noch das System der Verbannung. Im Tyrrenischen Meere liegen die beiden kleinen Felsinseln Lipari und Ustica, die ebenfalls im Volksmund den Namen Teufelsinseln führen. Auch hier ist das Leben der Verbannten auf den fast gänzlich unbewohnten Inseln im Gluthauch der Sonne nichts anderes als ein langsamer, quälvoller Tod.

Sturmverheerungen und Hochwasser in Rußland

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat an der Westküste der Krim ein orkanartiger Sturm gewütet, der große Ueberschwemmungen zur Folge hatte. Viele Fischerdörfer liegen unter Wasser. Die an der Küste gelegenen Wege und Gebäude sind vollkommen zerstört, desgleichen die Strandpromenade in Eupatoria. Verschiedene Dampfer und Fischerboote sind gesenkt. Die Zahl der Menschenopfer konnte bisher noch nicht festgestellt werden. In den letzten zehn Jahren ist in derartiger Sturm nicht beobachtet worden.

Wie weiterhin gemeldet wird, hat die Ueberschwemmung der Wolga weiter zugenommen. In den überschwemmten Dörfern konnten sich die Bauern vorläufig nur dadurch retten, daß sie auf den Dächern Zuflucht suchten. Bei einem weiteren Steigen des Hochwassers wird mit vielen Menschenopfern gerechnet.

Inzwischen hat die Wolgaüberschwemmung weiter zugenommen. Die Städte sind 40 Kilometer weit unter Wasser. In vielen Dörfern sind die Häuser fortgeschwemmt. Dampfer sind zur Rettung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten in das Ueberschwemmungsgebiet abgegangen.

Das Hochwasser in Astrachan hält weiter an. Die halbe Stadt Kalata ist überschwemmt. Die Bevölkerung mußte von Truppen gerettet werden. 600 Häuser stehen unter Wasser. Auch Menschenopfer sind zu beklagen. Die Regierung hat eine besondere Kommission für die Hilfeleistung ernannt und eine Million Rubel verteilt.

Der neue österreichische Bundespräsident



Ist der Präsident des Nationalrats, Dr. Miklas, der gestern mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt wurde.

Seuchengefahr im Erdbebengebiet

Die Zahl der bei dem Erdbeben in Chile Vermundeten wird jetzt nach Meldungen aus Santiago de Chile mit 585 angegeben. Die Ueberlebenden von Talca leiden unter Trinkwassermangel. Der Mittärsvermittlung für überakt Notbadereten errichten. Auf den Friedhöfen wurden durch das Erdbeben die Leichen an die Oberfläche gebracht, wodurch die Gefahr der Verbreitung ansteckender Krankheiten sehr groß ist. Der Materialschaden in Talca allein wird mit wenigstens 40 Millionen Mark angegeben. Das Wasser des Flusses Cachapoal, das zur Bewässerung landwirtschaftlicher Betriebe diente, ist durch den Bruch eines Staubedens in den Kupferminen zu Teniente mit Giftstoffen angefüllt und stellt eine weitere schwere Gefahr dar.

Auch ein Opfer des Militarismus

Am Dienstag wurde der seinem Beruf auf der Ostsee nachgehende Fischer August Henke auf seinem Kutter von einem Gewehrflugel getroffen und auf der Stelle getötet. Die 5. Kompanie des in Kolberg stationierten 4. Infanterieregiments hielt in den Nachmittagsstunden auf ihrem Schießplatz am Dickerstrand ein Schießfest ab. Ein Fehlgänger hatte Henke getroffen. Der Fischer hatte die Vorwarnung, während des Schießfestens 5 Kilometer von der Küste entfernt zu bleiben, nicht beachtet.

Versuchsfahrt des Zeppelins

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ unternahm am Mittwoch mit ungefähr 90 Personen an Bord die erste der sieben von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt organisierten Versuchsfahrten. Der Start erfolgte kurz nach 9 Uhr vormittags unter Führung des Kapitäns Lehmann; der Flug ging über das Bodenfeldgebiet. Um 2 Uhr landete der Luftreis glatt vor der Luftschiffhalle in Friedrichshafen.

Das englische Riesenluftschiff

Der britische Luftminister erklärte am Mittwoch im Unterhaus — wie uns aus London gemeldet wird — daß das britische Riesenluftschiff R. 100 nunmehr zu 85 Prozent fertiggestellt sei und im kommenden Frühjahr vollendet sein dürfte.

7000 Zähne geklaut

7.000 künstliche Zähne und verschiedene fertige Gebisse wurden in der Nacht zum Mittwoch aus einem Zahnkabinet in der Hauptstraße Berlin-Schöneberg gestohlen. Der Wert des nicht alltäglichen Diebesgutes beläuft sich auf mehrere tausend Mark. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Der Selbstmord in Berliner Tiergarten

Der am Dienstag im Tiergarten in Berlin erschossen aufgefunden 23-jährige Buchhalter Bruno Treptow ist freiwillig aus dem Leben geschieden, weil man ihm umfangreiche Unterschlagungen nachgewiesen hatte. Treptow besaß eine Berliner Fabrik einen Vertrauensposten und hatte in den Lohnbüchern höhere Beträge eingeseht als tatsächlich zur Auszahlung gelangten. Er hat auf diese Weise nach den bisherigen Feststellungen etwa 40.000 Mark veruntreut. Das Geld verwendete er zu kostspieligen Reisen; im vergangenen Sommer unternahm er u. a. mit dem Flugzeug einen Ausflug nach Tirol.

Die ersten Opfer des Winterports

Ein schweres Laminierungsluft ereignete sich in der Gegend von Bagritsch-Zell. Man nimmt an, daß zwei Schweizer Bahler aus München, die während der Nacht mit Schneeschuhen unterwegs waren, von der Laminie verschüttet worden sind. Rettungsmaßnahmen konnten wegen der immer stärker werdenden Schneefälle ihre Rettungsversuche einstellen. Die Bahnbahn Reith in Winkel-Ruhpolding ist durch eine niedergeratene Laminie, die erhebliche Zerstörungen anrichtete, gesperrt worden. Ein Zug ist auf der Strecke festgeblieben. Zur Säuberung der Gleise mußte Reichswacht eingesetzt werden.

Arbeit und Arbeitschaft

Der Werftarbeiterstreik soll beendet werden

Über ohne besonderes Entgegenkommen der Unternehmer für eine rasche Beendigung des Werftarbeiterstreiks wird in der bürgerlichen Presse zurzeit kräftig Stimmung gemacht. Man spricht davon, daß bei beiden Parteien der Wunsch bestehe, noch vor dem Weihnachtsest die Arbeiten wieder aufzunehmen. Dieser Wunsch besteht. Die Frage ist nur, wie man ihn verwirklicht. Ohne ein kräftigeres Entgegenkommen der Arbeitgeber wird er sich nicht verwirklichen lassen. Davon wollen die Werftarbeiter aber nichts wissen. Sie rechnen auf ein Eingreifen des Reichsarbeitsministers. Der sonst so viel gelästerte staatliche Eingriff soll helfen. Wir wir erfahren, beabsichtigt jedoch das Reichsarbeitsministerium einmischen noch nicht, in den Werftarbeiterstreik einzugreifen. Man kann dem Ministerium, dem im Ruhrkampf gerade von den Metallindustriellen übel mitgespielt wurde, seine Zurückhaltung wirklich nicht verübeln.

Regelung der staatlichen Fürsorgeaktion in Nord-West

Am 1. d. M. wird mitgeteilt: Nachdem die Aussperrung in Nordwest beendet ist, wird die Fürsorgeaktion für die von der Aussperrung betroffenen Personen gemäß einer Vereinbarung zwischen den zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens folgendermaßen abgewickelt: Arbeitslosigkeit oder mit Lohnkürzung verbundener Arbeitsmangel (Kurzarbeit), die nach dem 1. Dezember eingetreten sind, gelten nicht als durch die Aussperrung verursacht. Die Betroffenen fallen nicht mehr unter die Essener Richtlinien. Die Fürsorgeverbände zahlen die Unterstützungen auf Grund der Richtlinien für die Zeit bis zum 15. Dezember einschließlich weiter. Eine Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung durch die Arbeitsämter kann aus technischen Gründen nicht vor dem 17. Dezember erfolgen.

Der Reichsarbeitsminister vermittelt im sächsischen Lohnkonflikt

Besprechungen am Montag, Berlin, 8. Dezember. Wie die Berliner Blätter melden, hat das Reichsarbeitsministerium in dem Lohnkonflikt in der sächsischen Textilindustrie, in der zurzeit ein vertragsloser Zustand besteht, eingegriffen und die Parteien zu Besprechungen eingeladen, die nächsten Montag in Berlin stattfinden sollen.

Die neuen Vorschläge zur Schaffung einer Sonderfürsorge für die Saisonarbeiter

stellen, wenn man sie mit dem Vorschlag des Verwaltungsrats der Reichsanstalt vergleicht, sicherlich auch keine ideale Lösung des schwierigen Problems dar. Wie wir erfahren, soll die Saisonarbeiterunterstützung im allgemeinen um etwa 50 Prozent gesenkt werden. Man will nicht sechs Wochen volle Unterstützung, sondern zwölf Wochen etwa die Hälfte geben. Die Beiträge sollen nicht gesenkt werden. Die Kürzung der Unterstützungssätze läuft praktisch darauf hinaus, daß die Saisonarbeiter in der Stadt nach Gruppe 6 und auf dem Lande nach Gruppe 4 unterstützt werden. Bisher waren zum Beispiel die Bauarbeiter in Gruppe 11 eingestuft. Nach dem Vorschlag des Verwaltungsrats der Reichsanstalt hätten die Saisonarbeiter sechs Wochen volle Unterstützung und in der zweiten Unterstützungsperiode eine Art Krisenunterstützung erhalten, die aber höher gewesen wäre als die in den neuen Vorschlägen vorgesehene Unterstützung im Zeitraum von zwölf Wochen. Die Bedürfnisprüfung, die im Vorschlag des Verwaltungsrats enthalten war, hätte die Wirkung gehabt, daß Saisonarbeiter mit Vermögen (Grundbesitz), also zum Beispiel die Söhne nicht mittelloser Landwirte zur Krisenunterstützung nicht zugelassen worden wären. Sicherlich kein Unglück! Nach den neuen Vorschlägen ist das nicht möglich. Bedenklich bleibt auch die scharfe Differenz zwischen der Stadt- und der Landunterstützung der Saisonarbeiter. Wird sie nicht die Landflucht fördern? Die Regelung der Saisonarbeiterunterstützung ist ein schwieriges Ding. Je mehr daran herumgedoktert wird, desto komplizierter wird es.

Du sollst nicht falsches Zeugnis reden

Den Christen ins Stammbuch Die Christlichen Gewerkschaften sind noch immer Gegner der Beamtenbesoldungsreform. Der bescheidenen Ausführungen im Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften 1928. Es heißt da u. a.: Die Besoldungsreform und ihre Auswirkungen werden noch auf längere Zeit der Arbeiterschaft ein hartes Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufstieg sein. Was die öffentliche Verwaltung vorweg der Wirtschaft entnimmt, kann nicht mehr der Arbeiterschaft zugute kommen. Und so unter der Einwirkung erhöhter öffentlicher Abgaben die Preise steigen und der Reallohn der Arbeiter sinkt, da wird es diesen schwieriger Arbeit leisten, die alle wirtschaftliche Position zu erobern. Diese Lasten verbaut die Arbeiterschaft in erster Linie der sogenannten 'Arbeiterpartei', der Sozialdemokratie, die, um den Staat in die Hände zu bekommen, den Beamten weitgehende Konzessionen machte und dabei die Arbeiterschaft betrog. Es gibt nicht nur gut bezahlte hohe Beamte, sondern auch mittlere und vor allem unsere Beamte, die wirklich übel genug daran sind. Wenn die Sozialdemokratie sich für die Befreiung dieser Hungerleider einsetzt, so hat sie damit den Arbeitern kein Brot weggenommen. Die Sozialdemokratie tritt für die wirklich notleidende Beamtenpartei ein wie für die Arbeiterschaft. Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Reichsamtspolizei gegenüber Bevölkerungsschichten, die bestimmt nicht auf Kosten gebildet sind, ist nicht nach dem Geschmack der frei organisierten Arbeiterschaft.

Rechtsrheinische Textilunternehmer kündigen die Tarife

Berlin, 5. Dezember. (Eigene Drahtberichte.) In der rechtsrheinischen Textilindustrie ist der Tarif von den Unternehmern gekündigt worden. Die Unternehmerverbände haben Bestätigung der Lohn- und Arbeitszeitregelung gefordert. Die Vertreter des Deutschen Textilarbeitersverbandes und der Christlichen Textilarbeiter haben keine Zug zur Unterzeichnung der geltenden Bedingungen genommen. Sie haben im Hinblick darauf dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, die von den Unternehmern aufgestellten Fragen seien so schwerwiegend, daß eine Entscheidung erst gefaßt werden könne, wenn die Bundeskommissionen sich geäußert hätten. Das wurde bis jetzt als möglich gehalten.

Die Breslauer Schornsteinfeger brauchen keinen Verband

Die Breslauer Schornsteinfeger wollen ein sehr kurzes Schlußwort zu dem, was in der Zeitung über die untere...

der Geiben Angestelltenvereinigung von 1922 vollkommen verfallen. Anders wäre es sonst nicht zu erklären, daß die Ortsgruppe des Verbandes am 7. Oktober beschloß, ab 1. Oktober dieses Jahres aus dem Verbande auszutreten. Der bisherige Vorsitzende der Ortsgruppe, Kurt Zimmer, der nebenbei auch in der damaligen gelben Vereinigung eine Hauptrolle gespielt hatte, fühlte sich so durchdrungen von seiner Funktion, daß er es tatsächlich am 27. Oktober schon für notwendig hielt, dem Zentralverband von dem Austritt seiner Gruppe aus dem Verbande Mitteilung zu machen. Der Zentralverband war nicht in der Lage, die Mitglieder von der Haltlosigkeit der Vorwürfe, die Zimmer machte, zu überzeugen, da dieser, sowohl als auch der bisherige Vertrauensmann trotz persönlicher Zusage beide ihr Versprechen nicht gehalten haben, dem Zentralverband eine Adressenliste einzuliefern. Wir sind also gezwungen, auf diesem Wege die langjährigen Verbandsmitglieder aufzuklären. Wir erinnern nur an den Streik, der vor mehreren Jahren in Breslau durchgeführt wurde. Hat der Verband damals nicht die Kollegen unterstützt? Die Kämpfe um die Reichsgebiete und Auflösung der Hungergebiete hat sich der Verband ganz besonders angelegen sein lassen. Für die wirtschaftliche Besserstellung der Kollegen sind wir stets eingetreten. Wollt ihr das alles nicht anerkennen? Vergleicht einmal die früheren Zustände und die

Ein Experiment und seine Lehre

Kredithilfe für arbeitslose Angestellte

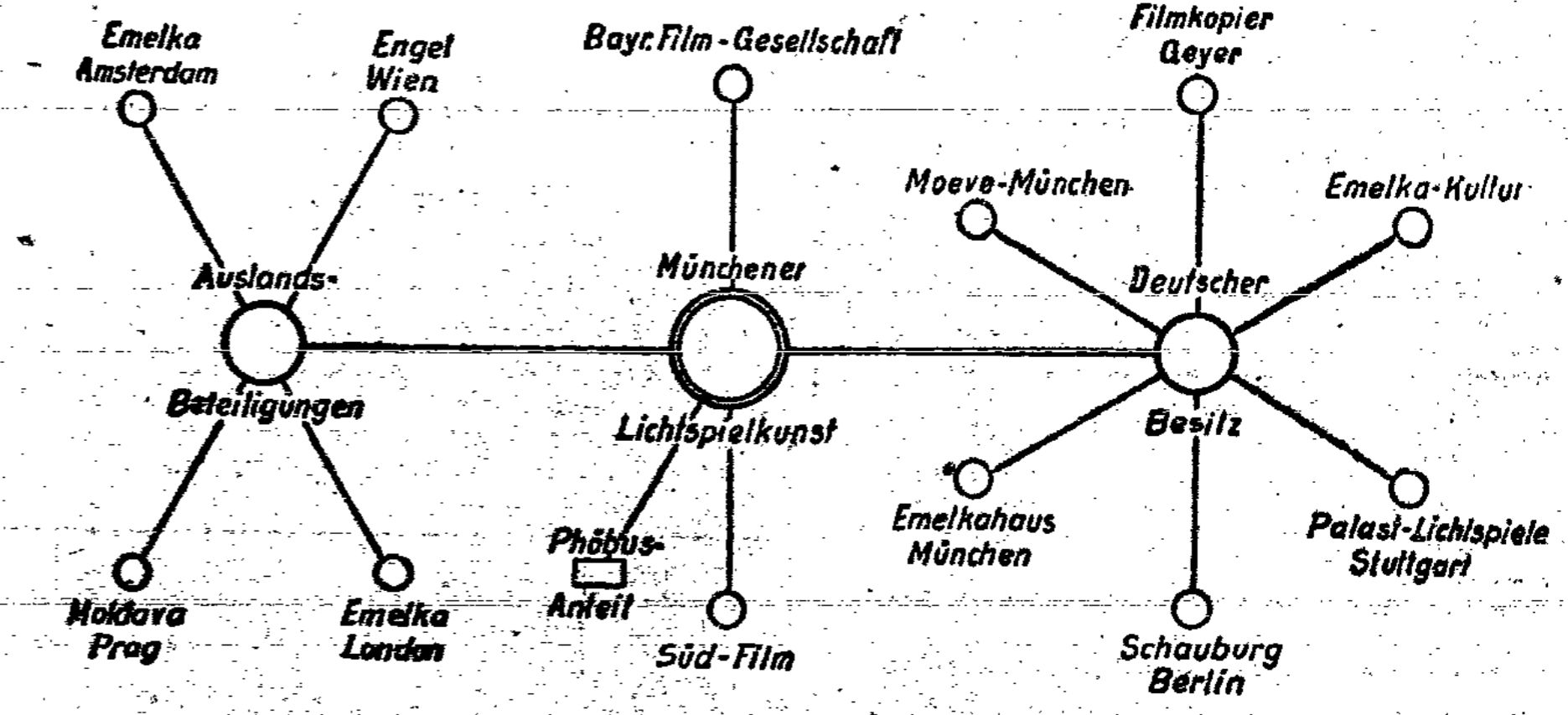
Das Reichsarbeitsministerium hat Mittel zur Verfügung gestellt, durch die auf dem Wege des Kredits arbeitslosen, über 40 Jahre alten Angestellten die Gründung einer neuen Existenz ermöglicht werden soll. Hat sich diese Maßnahme bewährt oder nicht? So mancher ältere Angestellte klagt, daß die Kreditgemeinschaft und ihre Landesstellen (Wohlfahrtsämter) gerade der ärmsten der Angestellten nicht helfe, weil für die Gewährung von Darlehen harte Sicherheiten wie Grundstücke, Häuser, Wertpapiere und dergleichen verlangt würden. Ebenso wird über bürokratische Umständlichkeit bei der Erledigung der Gesuche Beschwerde geführt. Auf der anderen Seite wird von maßgebender Stelle versichert, daß die Unterstützungsaktion sich bis jetzt sehr gut bewährt habe. Wie liegen die Dinge? Daß die Bürokratie meistens nicht schnell und reibungslos arbeitet, ist eine alte Sache. Aber das ist schließlich noch nicht das Schlimmste. Entscheidend ist, was mit den zur Verfügung gestellten Mittelen bis jetzt geleistet worden ist. Wie uns von unterrichteter Seite versichert wird, wurden bis jetzt über 1000 Darlehen gegeben. Die Größe dieser Darlehen ist sehr verschieden. Es wurden Darlehen schon in Höhe von 200 Mark gegeben, da sich ältere Angestellte schon mit einem verhältnismäßig geringen Betrag helfen zu können. Es werden auch Darlehen von mehr als 3000 Mark gegeben. Die Pläne zur Schaffung einer neuen Existenz, die vorgelegt werden, müssen genau durchgeprüft werden; denn es werden auch viele Projekte den zuständigen Kreditstellen unterbreitet, die gar keinen praktischen Wert haben und binnen kurzer Zeit zu einer Pleite führen werden. Die bis jetzt gegebenen Darlehen scheinen Erfolg gehabt zu haben; denn es werden bereits Rückzahlungen gemacht.

Das Experiment als solches ist, wie man sieht, kein Fehlschlag. Freilich können mit den zur Verfügung gestellten Mitteln auch keine Wunder gewirkt werden. Bisher sind ja nur einige Millionen für die Kreditaktion bereit gestellt worden. Eine genaue Ziffer wird aus begrifflichen Gründen von den maßgebenden Stellen nicht gern angegeben. Daß die Gelder nicht ganz ohne Sicherheiten gegeben werden können, ist selbstverständlich. Trotzdem verliert die Tatsache peinlich, daß in der Hauptsache nur den Angestellten geholfen wird, die materielle Sicherheiten für den Kredit haben können, d. h. nicht völlig mittellos dastehen. Die Kreditaktion hat vielleicht doch einen zu stark mittelstandspolitischen Charakter. Wohl scheiden die Angestellten, die sich eine neue Existenz schaffen, als Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten aus, allein das bedeutet nicht viel; denn die Aussichten für die älteren Angestellten auf dem Arbeitsmarkt sind bekanntermaßen fast hoffnungslos und eben deswegen wurde ja die Kreditaktion unternommen. Man sollte daher, nachdem das Experiment sich anscheinend bewährt hat, im Rahmen des finanziell Möglichen natürlich, so viel Mittel für die Kreditaktion fließen lassen, daß auch mittellose Angestellten in stärkerem Umfang Hilfe geboten werden kann, wenn die Personen und ihre Angehörigen, die ja schließlich auch gewisse Sicherheiten darstellen, eine Gewähr dafür bieten, daß das Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen wird. In der vor kurzem von den maßgebenden Stellen an die Öffentlichkeit gegebenen Mitteilung über die Fürsorge für die arbeitslosen älteren Angestellten war davon die Rede, daß weitere erhebliche Mittel bereit gestellt werden seien. Damit hat man neue Hoffnungen geweckt. So manche Enttäuschung wird diesen Hoffnungen folgen, da die Mittel noch lange nicht so erheblich sind, daß wirklich durchgreifend geholfen werden kann.

Emelka-Film.

SW. Noch immer steht die Frage einer weiteren Beteiligung des Reiches an der deutschen Filmindustrie zur Erörterung. In Frage kommt in erster Linie die Reichsbeteiligung an dem sogenannten Emelkatorn. Durch die Phoebus-Angelegenheit bestehen ja bereits Verbindungen zwischen Reich und der Emelka und jedenfalls sind die Er-

gemeinschaft verbunden ist. Die beiden letztgenannten Gesellschaften pflegen besonders den Vertrieb und unterhalten in zahlreichen Städten Filialen. Der Vertrieb wird durch zahlreiche Theaterunternehmungen ergänzt. Die wichtigsten sind wohl die Palast-Lichtspiele A.-G. in Stuttgart, die Schauburg-Theater G. m. b. H. in Berlin und die Emelka-Film G. m. b. H.



örterungen mit der letzten Besprechung im Reichstag noch nicht abgeschlossen. Allerdings wird behauptet, daß große englische Filmgruppen zur Erwerbung der Emelka-Majorität bereit sind, wobei sie dem Reich ein gewisses Einpruchs- und Eingriffsrecht übertragen wollen.

in München. Die Produktion liegt bei der Münchener Lichtspielkunst, der Moeve-Film G. m. b. H., den Süddeutschen Filmkopierwerken Geyer und der Emelka-Kulturfilm G. m. b. H. Sämtliche Betriebe haben ihren Hauptsitz in München.

Der Emelkatorn ist nach der Art das größte Filmunternehmen in Deutschland. Er gruppiert sich um die Münchener Lichtspielkunst A.-G., die mit der Bayerischen Filmgesellschaft und der Südfilm A.-G. in Frankfurt durch eine Interessen-

gemeinschaft verbunden ist. Die beiden letztgenannten Gesellschaften pflegen besonders den Vertrieb und unterhalten in zahlreichen Städten Filialen. Der Vertrieb wird durch zahlreiche Theaterunternehmungen ergänzt. Die wichtigsten sind wohl die Palast-Lichtspiele A.-G. in Stuttgart, die Schauburg-Theater G. m. b. H. in Berlin und die Emelka-Film G. m. b. H. in Prag und die Emelka-London Ltd.

Getreidebedürfe (5. Dezember)

Unter dem Titel 'Landwirtschafter Meldungen vom Auslande' war auch die Berliner Getreidebedürfe am Mittwoch zufügender veranlagt. Aus Amerika lagen teils unveränderte, teils leicht erhöhte Differenz vor. Der inländische Angebot ist durchaus nicht größer geworden, jedoch blieb die Nachfrage recht gering. Die inländischen Mühlen laufen immer über den laufenden Tagesbedarf hinaus. Exportüberschüsse waren in Weizen überhaupt nicht zu erwarten, nur in geringem Umfang zu verzeichnen. Die Preise bei den auf dem Markt gekommenen Weizenarten gingen um eine Mark niedriger als am Dienstag. Am Markt der Zeitungsberichte waren Roggen zur Dezemberlieferung und die Frühjahrsausgaben für Weizen um eine Mark schwächer, während die Weizenarten der geringfügigen Preisänderungen nach unten schoben. Nicht ganz, aber um einige Markungen in

Wetenausgaben, sehr billiges Geschäft bei teilweise um 25 Pfennig ermäßigten Forderungen der Mühlen. Sauer fließt stetig, obwohl der Konsum beträchtlich war. Preisermäßigungen durchzusetzen. Gerste hatte unverändert billigen Markt.

	4. Dezember	5. Dezember
	(ab mittägliche Station in Markt)	
Weizen	208-210	208-210
Roggen	201-204	201-204
Trügerische	218-225	218-225
Futter- und Industriegetreide	198-205	198-205
Safer	185-208	185-208
Loos Weizen Berlin	219-221	219-221
Weizenmehl	25,25-29,25	25,00-29,00
Roggenmehl	25,90-28,75	25,60-28,60
Weizenkleie	14,10-14,30	14,00-14,20
Roggenkleie	14,01-14,20	14,00-14,20

Wahlerfolg in Tschechisch-Schlesien

Die Tschechoslowakei hatte, wie wir schon berichteten, am vergangenen Sonntag Landesvertretungswahlen, das heißt Wahlen zu jenem eigenartigen, von deutsch-tschechischen Bürgergebiets geschaffenen, Selbstverwaltungskörper der historischen Länder, die zu zwei Dritteln aus gewählten Vertretern und zu einem Drittel aus ernannten Personen bestehen. In dem tschechoslowakischen Republik gehörigen Teil Schlesiens hatten diese Wahlen eine besondere Bedeutung, da die Verwaltungsreform, die diese Landesvertretungen schuf, gleichzeitig das Land Schlesien mit Mähren vereinte. Tschechisch-Schlesien hat damit nicht nur sehr erhebliche verwaltungstechnische Nachteile — alle Landesinstitutionen sind schon oder werden nach dem erkennnten Prinzip verlegt — sondern auch eine nationalpolitisch schwierige Lage. Das überwiegend deutsch-polnische Schlesien soll in das überwiegend tschechische Mähren eingeteilt, nationalmajorisiert werden. Trotz dieser gespannten nationalen Lage haben die sozialdemokratischen Parteien gemeinsame Front gegen die vielgestaltigen Parteienbildungen der Bürgerlichen gemacht und hierbei nicht schlecht abgeschnitten. 40.615 deutsche, polnische und tschechische sozialdemokratische stehen 52.581 bürgerlichen Stimmen gegenüber, wobei außerdem noch die polnischen Juden mit 2402 und die Kommunisten mit 9822 als nichtbürgerlich in Anschlag zu bringen sind.

Unzweideutig brachte das Wahlresultat zum Ausdruck, daß die Mehrheit des Volkes die Politik des internationalen Bürgerbunds verurteilt. Am besten von allen Parteien hat die deutsche Sozialdemokratie abgeschnitten. Das Wahlresultat vom Jahre 1925 wurde, obwohl die Jugendlichen dreier Jahre bei den Landesvertretungen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, weit überholt. Von den deutschen Bürgerblockparteien erlitt die Christlichsozialen (Lerksale) Partei eine ausgesprochene Niederlage, während deren Zeitgenossen, die Landwirtschafter und Gewerbetreibende, ihren Bestehen behaupten konnten. Die proletarischen Schichten begannen sich von der Christlichsozialen Partei abzuwenden. Schwer mitgenommen hat der Wahlkampf, wie sich schon jetzt feststellen läßt, die Deutsche Nationalpartei. Ihr entriß sowohl die sogenannte Koschepartei, aber auch die Gewerbetreibende und Landwirtschafter Anhänger. Die Nationalsozialisten (eine national gefärbte sozial tendende Partei, die nicht mit den reichsdeutschen Nationalsozialisten gleichgestellt werden darf) büßten mit Not ihren Bestehen behauptet haben. Das Ergebnis der Wahlen ist, daß sich die politische Schichtung nach den Klasseninteressen langsam durchringt, daß jene Parteien, die nicht Fleisch, nicht Fleisch sind, allmählich ausgedient werden. Freilich ist das ein Prozess, der sich in der jenseits der Grenze heute noch vielgestaltigeren Musterkarte von Parteiengruppen und Grüppchen nicht von heute auf morgen abwickelt.

In Sultschin wurden etwa 57 Prozent der Stimmen für deutsche Parteien abgegeben. Unter dem Gesichtswinkel der Klassenfronten gesehen, haben auch in dieser einstigen Vorburg der Mexikalan die drei sozialistischen Parteien zusammen 417 Stimmen erhalten und damit einen schönen Erfolg erzielt. Die Wahlergebnisse aus den tschechischen Wahlbezirken lassen wir im einzelnen folgen. Die eingeklammerten Ziffern bedeuten die Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen im Jahre 1925.

Troppau. Tsch. SP. 2167 (—), Poln. SP. 51 (—), Deutsche Nat. P. 2248 (3701), Deutsche Natso. (4701 (4850), Deutsche Gem. P. 872 (—), Bund der Landwirte 141 (744), Christso. 2825 (3048), Deutsche N.P. 551 (—), Jüd.-poln. 400 (543), Komm. 524 (740), Deutsche SP. 2438 (1841).

- Jägerndorf.** Tsch. 287 (—), PSP. (—), DNZ. 2380 (3269), DNZSo. 2618 (2797), DGP. 2861 (—), Bdz. 1274 (1687), Christso. 2170 (2008), DWP. 309 (—), Jüd.-poln. 105 (190), Komm. 189 (375), SPD. 5737 (5415).
- Benitz.** Tsch. 26 (—), PSP. (—), DNZ. 840 (1552), DNZSo. 851 (3008), DGP. 148 (—), Bdz. 720 (492), Christso. 851 (1214), DWP. 86 (—), Jüd.-poln. 4 (—), Komm. 17 (19), SPD. 1087 (1155).
- Obersdorf.** Tsch. 22 (—), PSP. (—), DNZ. 355 (906), DNZSo. 983 (951), DGP. 639 (—), Bdz. 1388 (1751), Christso. 488 (476), DWP. 84 (—), Jüd.-poln. 8 (—), Komm. 72 (107), SPD. 1810 (1804).
- Fulnek.** Tsch. 40 (—), PSP. (—), DNZ. 842 (407), DNZSo. 300 (923), DGP. 23 (—), Bdz. 17 (84), Christso. 87 (140), DWP. 4 (—), Jüd.-poln. (—), Komm. 54 (25), SPD. 200 (205).
- Reutitzheim.** Tsch. 1000 (—), PSP. (—), DNZ. 2847 (2962), DNZSo. 1050 (1121), DGP. 139 (—), Bdz. 160 (298), Christso. 2069 (2721), DWP. 223 (—), Jüd.-poln. 68 (90), Komm. 522 (254), SPD. 2631 (2667).
- Bärnthäl.** Tsch. (—), PSP. (—), DNZ. 87 (76), DNZSo. 198 (181), DGP. 17 (—), Bdz. 22 (—), Christso. 196 (252), DWP. 18 (—), Jüd.-poln. (—), Komm. 8 (—), SPD. 1658 (1727).
- Hennersdorf.** Tsch. 11 (—), PSP. (—), DNZ. 448 (835), DNZSo. 378 (495), DGP. 433 (—), Bdz. 803 (984), Christso. 592 (721), DWP. in (—), Jüd.-poln. 1 (—), Komm. 24 (133), SPD. 1114 (724).
- Mährisch-Odrau.** Tsch. 13.557 (—), PSP. 202 (—), DNZ. 2463 (4023), DNZSo. 3114 (3157), DGP. (—), Bdz. 362 (103), Christso. 2575 (3149), DWP. 1754 (—), Jüd.-poln. 1676 (—), Komm. 4498 (5425), SPD. 2008 (1155).
- Schlesisch-Odrau.** Tsch. 2285 (—), PSP. 68 (—), DNZ. 215 (388), DNZSo. 89 (42), DGP. (—), Bdz. (—), Christso. 98 (88), DWP. 9 (—), Jüd.-poln. (—), Komm. 2980 (3832), SPD. 102 (22).
- Admigsberg.** Tsch. 818 (—), PSP. (—), DNZ. 32 (57), DNZSo. 98 (14), DGP. 1 (—), Bdz. 3 (—), Christso. 37 (39), DWP. 16 (—), Jüd.-poln. 28 (27), Komm. 192 (277), SPD. 94 (73).
- Freiedl.** Tsch. 1080 (—), PSP. 21 (—), DNZ. 606 (—), DNZSo. 319 (—), DGP. 76 (—), Bdz. 13 (—), Christso. 182 (—), DWP. 253 (—), Jüd.-poln. 117 (—), Komm. 715 (—), SPD. 53 (—).
- Odrau.** Tsch. 1 (—), PSP. (—), DNZ. 75 (86), DNZSo. 40 (38), DGP. 2 (—), Bdz. 11 (1), Christso. 10 (19), DWP. 3 (—), Jüd.-poln. (—), Komm. 7 (7), SPD. 21 (24).
- Sultschin.** Tsch. 89 (—), PSP. 8 (—), DNZ. 22 (32), DNZSo. 97 (—), DGP. 12 (—), Bdz. 19 (7), Christso. 346 (710), DWP. 24 (—), Jüd.-poln. (—), Komm. 40 (55), SPD. 319 (83).

Die Mandatsverteilung
in der Landesvertretung für Mähren-Schlesien ergibt folgendes Bild: Deutsche Sozialdemokraten 2 Mandate; Deutsche Christlichsozialen 3 Mandate; Tschechische Nationaldemokraten 1 Mandat; Deutsche Gewerbetreibende 1 Mandat; Tschechische Sozialdemokraten 6 Mandate; Bund der Landwirte 2 Mandate; Tschechische Agrarier 5 Mandate; Polnische Arbeiterpartei 9 Mandate; Kommunisten 4 Mandate; Tschechische Sozialpartei 8 Mandate; Tschechische Gewerbetreibende 2 Mandate; Tschechische Nationalsozialisten 3 Mandate; Deutsche Nationalsozialisten 1 Mandat; Deutsche Nationalpartei 2 Mandate.

zahllose Anzeigen in den Zeitungen suchten sie Gelder gegen hohe Zinsen, gaben dafür aber nur faule Wechsel. Otto K. arbeitete vor allem damit, daß er sich als Hausbesitzer ausgab, in Wirklichkeit aber nur in Waldau (Kreis Burgau) ein kleines Grundstück mit einem Acker für 1200 Mark gekauft hatte, das an sich völlig wertlos war. Otto K. hatte 1922 und 1928, Georg K. 1925 den Offenbarungseid geleistet, während die Betrüger in die Jahre 1924 bis 1926 fielen. Insgesamt soll sich jeder der Angeklagten um etwa 8600 Mark unrechtmäßig erwirtschaftet haben. Das erstinstanzliche Urteil umfaßt 144 Schreibmaschinen-Foliosseiten. — Otto K. bestritt in der Berufungsanrede weiterhin energisch jede Schuld. Auf die verschwundenen Dokumente verweilte er, behauptet er, seine Augen sähen mehr als das Doppelte seiner Schulden betragen. Auch sein Bruder bestreitet jede Schuld. Otto K. droht verabschiedlich zusammenzubrechen und schreit laut auf. Zu der Dienstag-Verhandlung waren 21 Zeugen und 5 Sachverständige geladen. Die Beweisaufnahme besetzte sich zunächst mit dem Wertzustand des Otto K. Als die ärztlichen Sachverständigen ihre Gutachten vorzulesen, bekam Otto K. einen regelrechten Lustschmerz, wobei er laut schrie und seine Tode aussagte. Nach dem Sachverständigen-Gutachten ist Otto K. wohl ein stark belasteter Psychopath, doch kommt ihm der Schutz des § 51 nicht zu. Die Zeugenvernehmungen werden voraussichtlich bis zum 14. Dezember dauern. Haftentlassungsanträge der beiden Angeklagten wurden abgelehnt.

Waldenburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. In der Gütchlich-Friedenshoffnungsgrube für den Hauer Fritz Beute aus Friedland bei Kahlzbergarbeiten ein großes Bergesstück mit solcher Wucht auf den Kopf, daß er tot zusammenbrach.

Seidenwitz. Zuspätkommen. Eine Frau aus Schmellwitz, die wegen eines kleinen Diebstahls festgenommen wurde, suchte sich in der Gefängniszelle zu erhängen, konnte aber daran gehindert werden.

Wolkstein. Skelettfund. Bauarbeiter fanden in Weberau ein gut erhaltenes Skelet, dem der hintere Teil des Schädels zertrümmert war. Ob der skaurige Hund von einem Verbrechen herrührt, das allerdings schon vor vielen Jahren geschehen sein müßte, konnte trotz eifriger Umfrage bei den ältesten Einwohnern nicht festgestellt werden.

Honeswerda. Alkohol und Menschenwürde. Auf dem Bahnhof Schwarzfollm-Lautawitz erschien dieser Tage ein Arbeiter zum Wertscheit. Der Mann war völlig betrunken, lochtete hin und her und fiel schließlich auf das Gleis. Beherzt sprang ein Schloßer hinzu und konnte den leichtsinnigen Trinker, der wie ein Toter auf den Schienen lag, noch im letzten Augenblick vor dem kommenden Zuge hinwegziehen.

Beieg. Raubüberfall. Am Sonnabend, den 1. Dezember wurde zwischen 7 bis 7 1/2 Uhr abends der 17 Jahre alte Süßhe des Uhrgeschäftsinhabers Schubert, Junkernstraße, als sie einen Holzkasten mit Taschengeldern vom Geschäft zur Uffischen Aufbewahrung über Nacht in die in der Nähe gelegene Wohnung schaffen wollte, beim Betreten des Flures dieser Kasten von einem Manne mit Gewalt entrisen. Darauf entflohen der Täter durch den Hof und Garten in die angrenzende Öberpromenade. Trozdem der Geschäftsinhaber Schubert und hingedehurfene Polizeibeamte sofort die Verfolgung aufnahmen, gelang es dem Diebe, infolge der starken Dunkelheit in der Öberpromenade zu entkommen.

Münsterberg. Kohlenognd. Der Stadtärzte Arthur Großer übernahm diese Tage mit seiner Gattin bei deren Bruder, Inspektor Hillmann, in Münchhof. Frühmorgens fand man beide Eheleute von ausströmendem Kohlenogndgas vergiftet, bewußlos in ihrem Bette auf. Der Ehemann ist inzwischen verstorben, während seine Frau noch schwer krank darnieder liegt.

Kojet. Der Autobus verliert die Räder. Ein seltenes Unglück passierte am Sonntag dem von Kojet nach Raudzin fahrenden Postomnibus. Auf der Chaussee zwischen Raudzin und Raudzin II sprangen dem Omnibus beide Hinterräder ab, wobei der Wagen noch über 200 Meter nur auf der blanken Achte fuhr. Wie es an Sonntagen immer der Fall ist, so war auch diesmal der Omnibus bis auf den letzten Platz belegt. Es ist darum ein wahres Wunder, daß kein Passagier zu Schaden kam.

Hindenburg. Bau einer modernen Kokersai. Wie verlautet, besteht die Absicht, im Hindenburger Industriegebiet eine neue Kokersanlage zu errichten, die eine höhere Produktion und Ersparnisse an Arbeitskräften ermöglicht. Die Entleerung der Ofen ist auf technischem Wege geplant; die Abgasmaffen werden den Käufern zugeführt und selbstständig in die Waggon befördert.

Aus der Umgebung Landkreis Breslau

Reitendorf. Personensandaufnahmen. Bei der am 10. Oktober 1928 stattgefundenen Personensandaufnahme wurden in der Gemeinde Reitendorf 702 Familien mit 2992 Personen gezählt. — Im Jahre 1927 waren 688 Familien mit 2571 Personen vorhanden, so daß 14 Familien mit 121 Personen hinzugekommen sind.

Gniechitz. Die Generalversammlung der Ortsgruppe Gniechitz findet am Donnerstag, dem 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Bösch, Ratt. Genosse Schiffer wird daran teilnehmen.

Schottwitz. Freitag, den 7. Dezember, findet in Schottwitz, abends 7 1/2 Uhr, eine sehr wichtige Mitgliedererversammlung statt. Da die Losrennung von der Ortsgruppe Carlowitz beschlossen, gleichzeitig aber ein neuer Vorstand gewählt werden muß, darf kein Mitglied fehlen. Lokal-Vorsteher, Redner, Genosse Schiffer. Die Genossen aus Wohlenowitz müssen ebenfalls reiflich teilnehmen.

Reitendorf. Elternabend der SAJ. Am Sonntag, den 8. Dezember, hält die SAJ. Reitendorf in der Turnhalle ihren Elternabend ab. Vorkonzerte, Sprechdre, Theaterstücke usw. werden zur Vorführung gebracht. Einlaß 15 Uhr, Anfang 16 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Programm sind bei Jugendeitgliedern zu haben. — Eltern, Parteigenossen und geneigte sowie Gefinnungsfremde aus der Umgebung Reitendorfs helfe unsere Arbeit fördern indem ihr an diesem Tage unsere Veranstaltung besucht.

Die polnischen Schulen in O.G.

Mit Rücksicht auf die von der Preussischen Staatsregierung geplante Neuorganisation des polnischen Minderheitsschulwesens, dürfte der gegenwärtige Stand des polnischen Minderheitsschulwesens in Deutsch-Oberschlesien von besonderem Interesse sein.

Seit Inkrafttreten der Genfer Konvention sind im Regierungsbezirk Oppeln 55 polnische Minderheitsschulen errichtet worden. Zu Anfang dieses Schuljahres waren davon noch 21 im Betrieb, zwei sind im Laufe des Schuljahres geschlossen worden, so daß gegenwärtig noch 29 polnische Minderheitsschulen mit ordnungsgemäßem Schulbetrieb vorhanden sind. Diese 29 polnischen Minderheitsschulen werden von rund 500 Kindern besucht. Von den 31 zu Beginn dieses Schuljahres vorhandenen polnischen Minderheitsschulen waren neun im Landkreis Oppeln, sieben im Landkreis Tost-Gleitwiz, je fünf im Landkreis Beuthen und Ratiborz, zwei im Kreis Groß-Strehlitz, je eine im Kreis Rosenberg, im Kreis Cosel und im Stadtkreis Hindenburg vorhanden. Von den gegenwärtig bestehenden 29 polnischen Minderheitsschulen hat nur eine über 40 Schüler, und zwar die polnische Minderheitsschule in Mikulischütz, die augenblicklich 68 Kinder zählt. Aht der bestehenden Minderheitsschulen haben Schülerzahlen von 20 bis 40, von denen wiederum sechs über drei Jahre lang eine Schülerzahl unter 40 aufweisen, so daß sie nach den Bestimmungen der Genfer Konvention hätten geschlossen werden können.

Die verbleibenden 20 Minderheitsschulen, von den jetzt noch bestehenden 29 haben sämtlich Schülerzahlen unter 20. Auch diese Schulen hätten nach den Bestimmungen der Genfer Konvention geschlossen werden können. Wenn man sich streng an diese Bestimmungen halten wollte, so hätten eigentlich nur drei polnische Minderheitsschulen Existenzberechtigung. Es sind dies die Minderheitsschulen in Mikulischütz mit einer Schülerzahl von 68, in Kostelitz, Kreis Rosenberg, mit einer Schülerzahl von 36 und in Hindenburg-Zabarze mit einer Schülerzahl von 31.

Man erseht hieraus, daß das Minderheitenproblem eigentlich kein Problem mehr ist und die Angst nationaler Blätter über die Folgen der liberalen Handhabung des polnischen Minderheitsschulwesens selbst dann unberechtigt ist, wenn man eine solche Befürchtung zur Richtschnur der Minderheitspolitik machen dürfte. Der Ausgang des preussischen Potentums ist offensichtlich und nach der Schaffung eines polnischen Nationalstaates, in dem sich naturgemäß das kulturelle und damit das sprachliche Leben der polnischen Nation konzentriert, gar nicht zweifelhaft. Eingeklossen in den deutschen 60-Millionen-Kaas, haben die geringen hawischen Minderheiten nur solange die Möglichkeit bemerkbarer Eigenexistenz, als sie auf ihrem vorwiegend ländlichen Siedlungsgebiet verbleiben. Mit der Abwanderung in die Stadt oder in das Industriezentrum paßt sich der Pole oder Wende nach kurzer oder längerer Frist in steigendem Maße seiner deutschen Umgebung an. Daher ist das ewige Kanarenblasen über die „slawische Gefahr“, die uns bedrohen soll, ebenso lächerlich wie nationalpolnische Bestreben, im jetzigen Deutschland eine Trennung vorzusuführen. Das deutsche und polnische Volk haben und drücken der Grenze braucht Frieden

und gegenseitige Toleranz. Ein erfreulicher Schritt auf diesem Gebiet wurde durch die geplante Minderheitsschulverordnung Preußens gemacht.

Neuer polnischer Staatsvertreter beim Schiedsgericht für Oberschlesien

Als Nachfolger des nach Chicago berufenen bisherigen Beuthener polnischen Generalkonsuls Dr. Szczępani in seiner Eigenschaft als Vertreter des Polnischen Staates beim Schiedsgericht für Oberschlesien und bei der Gemischten Kommission in Kattowitz ist der bisherige stellvertretende Staatsvertreter bei dem deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris, Souchyński, auszuweisen. Die endgültige Ernennung steht, wie der Kattowitzer „Volkswille“ meldet, unmittelbar bevor. Souchyński wird noch in der ersten Hälfte des Monats Dezember in Beuthen eintreffen.

Bürgerliche Moral! Sittlichkeitsandal in Hindenburg

Dieser Tage hat sich in einem Hindenburger Hotel ein ungläublicher Skandal zugetragen, der zurzeit das Tagesgespräch Hindenburgs ist. Drei bekannte Fleischermessersöhne aus Hindenburg hatten eine Kautonarie unterzommen und unterwegs ein Mädchen aus Rieseisbützel zur Mißfahrt verkauft. In Hindenburg krieg man in einem Hotel ab und sprach stark dem Alkohol zu. Vollständig betrunken brachte man das Mädchen in ein Zimmer des Hotels und die drei „Kavaliere“ haben dort das vollkommen willenlos gemachte Mädchen entleibet und mißbraucht, wobei man sich noch gute Freunde als Zuhauer besorgte. Auch das Personal wurde auf den Vorfall aufmerksam. Am nächsten Tage brüllten sich die drei sauberen Kavaliere im Schlachthof mit ihrer Selbent. Ein Geselle beauftragte die Geprache und machte dem Vater des Mädchens in Rieseisbützel Mitteilung. Dieser veranlaßte die Unteruchung durch einen Arzt und übergab die Angelegenheit der Kriminalpolizei.

Der Skandal ist um so bemerkenswerter, als die drei „Kavaliere“ Söhne sogenannter achtbarer Eltern sind. Die Erziehungsverfahren dieser gut christlichen Kreise jähren, wie man sieht, keineswegs vor Erscheinungen, die man in bürgerlichen Kreisen allzugemein der von sozialistischer Seite angegriffenen freizeittlichen Erziehung in die Schuhe schiebt. Es gilt ja in bürgerlichen Kreisen als „männlich“ möglichst viel Alkohol vertilgen und mit Erlebnissen renommieren zu können, die für jedes junge Mädchen die Austopfung aus diesen Kreisen nach sich ziehen würden. Dieselben Herrschaften, die sich über ein Mädchen entleiben würden, das ohne kirchlichen und landesamtlichen Segen in Beziehungen zu einem Mann tritt, treten unbedenklich die Geschlechtsehre der Frau mit Füßen.

Biegenz. Neuaufgabe des Massenbetriebs-Prozesses Kolemank. Unter starkem Anbruch des Publikums begann am Montag vor der Großen Strafkammer die Berufungsverhandlung des Reitendorfer-Prozesses gegen die Grundstücksmafia Otto und Georg Kolemank. Die beiden Brüder hatten vom Schiedsgericht nach einer vom 26. Juni bis 13. Juli dauernden Sitzung je drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust erhalten. Otto K. wegen Betrugs in 20 Fällen, versucht Betrug und Unterdrückung in 11 Fällen und Georg K. wegen Betrugs in 18 Fällen und verübt Betrug in einem Falle. Beide waren sofort nach der Urteilsverkündung in Haft genommen worden. Durch die Brüder Kolemank wurde eine ganze Reihe, vor allem kleiner Leute, die ihr Geld lieber anlegen wollten, um ihre Ersparnisse betrogen. Sie verstanden es, durch feudales Auftreten Kreditwürdigkeit vorzuspielen, während ihre Gelder, die zu Anfang des Prozesses gegen aufgingen, mit ihrem Fortschleppen in andere Hände wurden. Durch

5525/9



**Vermeiden Sie Icharie Waschmittel.
Nehmen Sie nur reine Sella — Sun-licht Sella — Sie sichern die helle und glänzende Wäscheabwäscher.**

Das wertvollste Weihnachtsgeschenk

für die Familie von bleibendem Wert ist ein **Versicherungsabschluß** bei der

2987

Volkspflege

Weitere Auskunft in den Büros der Gewerkschaften, sämtlichen Verkaufsstellen des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“, den Vertrauensleuten und dem Büro der Volkspflege, Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 112. Fernruf: 50281.



Statt jeder besonderen Anzeige!

Heute nachmittag entschlief sanft nach langer Krankheit, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche, mein innigstgeliebter guter Mann

Bürgermeister

Dr. Hans Herschel

im Alter von 53 Jahren.

Breslau I, den 5. Dezember 1928
Ohlauer Stadtgraben 3 III

Gertrud Herschel
geb. Fuß.

Ort und Stunde der Beisetzung werden noch bekanntgegeben.
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

EG 17

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Am 4. Dezember verstarb unser Verbandskollege der Maler

Robert Horn

im Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Filiale Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlenowitz aus. 2989

Am Dienstag, dem 4. Dezember, verstarb unser

Sportgenosse

Robert Horn

im Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Kapelle des Pohlenowitz Friedhofes. 2988

Bekanntmachung.

Pfänder-Versteigerung am Donnerstag, den 13. Dezember, vormittags 9 Uhr:

Rote Scheine bis Nr. 97 000

weiße Scheine bis Nr. 43 000

Verkäufungen werden nur bis zum 8. Dezember angenommen.

Vom 12. Dezember, mittags 1 Uhr, ab bis zum 14. Dezember, mittags 1 Uhr, ist das Leihhaus für Annahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen.

Städtisches Leihhaus

Reiffergasse 9, Ecke Stadgasse.

Parteigenossen u. Reichsbannerkameraden

kauft Euren Weihnachts-Rum bei

Kuschel, Friedrich-Wilhelm-Str. 54

Jam-Rum-Verf. 58% lste, Lit. 3.00 M., 40, 42, 45 und 50% Rum, auch andere Liqueure und Weine zu billigsten Preisen.

Homocord

Inh. H. Lehner

Klosterstraße 8

Ständig große Auswahl von

Schallplatten und Sprechapparaten

Spezial-Aufnahmen der Arbeiter-Sängerköre

Vorführung der neuesten Schlager unverblich

Lagerraum

von 340 qm Größe im Erdgeschoss im Zentrum der Stadt vom 1. Januar 1929 ab zu vermieten. Näheres im Magistrats-Büro II, Blücherplatz 14, 3. Stock, Zimmer 54. 8016

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Altenmaterial und die Handbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf. Volkswacht - Buchhandlung.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Fundstückenversteigerung.

Die Fundstücke aus der Zeit vom 1. April 1928 bis 30. September 1928 werden am Mittwoch, dem 12. Dezember 1928, vormittags 9 Uhr, in der früheren Omnibus-Halle, Lohsestraße 74, meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

EG 41

Verwaltung der Städtischen Straßenbahn.

Herzberg & Co.

Größtes Spezialgeschäft in Breslau
Fabrik u. Hauptgeschäft: Hötchenstr. 48
Filialen: Bismarckplatz 17, Michaelisstraße 3, Klosterstr. 64, Lehnstr. 18, Selenstr. 17
geben ihre Fabrikate, welche von Meistern der Deszillierkunst gearbeitet sind, ohne jeden Zwischenhandel

direkt aus der Fabrik ab.

Wir bieten an vom Fab:

Breslauer 35% ... per Liter 2.10

Weinbrand-Verschnitt ... per Liter 2.80

Jamaika-Rum-Verschnitt ... per Liter vom Fab 2.80 3.50 4.00 5.00 6.00



Echter Weinbrand in Flaschen

aus französischen Weinen gekannt

3.50 4.00 5.00 6.00

Echte Edelkörn

einzelne Flasche 2.80 u. 3.60

Stausdorfer, Bitorange, Ingwer u. Ingwerwurz, Caracaa, Kummel, Cherry-Brand, Kirschbitter mit Rum, Schlebe, Alpenkräuter, Bergamotte-Aroma-Likör, Gelbwasser, Fenchel, Pfefferminz, Kirscht-Maras.

Ganz hervorragende Spezialitäten

mit denen wir in Deutschland eine Einführung erlangen.

Elektro- u. Glühlampen

4.00 5.00 5.50

Wine u. Obstweine

bezichen wir in ganzen Wagen aus dem Aus- und Inlande und deshalb sind unsere Preise sehr billig

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

per Liter

Es ist Jhr Vorteil

Weihnachts-Einkäufe

jetzt schon zu erledigen!

Sie haben größere Auswahl und Sie selbst können mit größerer Sorgfalt Ihre Wahl treffen.

In unseren endstehend vermarkten Detailgeschäften finden Sie eine reichhaltige Auswahl von:

Toiletteseifen / Präseni-Karionogen von einfacher bis zur elegantesten Aufmachung sowohl eigener Fertigung als auch der aller führenden Firmen unserer Branche.

Desgleichen auch reiche Auswahl in

Toilette-Artikeln

Hochlegante Stell- oder Handspiegel / Rastspiegel oder Garnituren / Puderdöschen in einfacher bis zur elegantesten Aufmachung / Maniküren / Toilette-Garnituren / Kopf- und Kleiderbürsten in Silber, Elfenbein, Schildpatt und Zelluloid / Reise- u. Taschen-Necessaire / Haarschmuck / Kristall-Zerstäuber. Ganz besonders weisen wir hin auf unsere Toiletteseifen - Spezialmarke „Streu-Blümchen“ in Weihnachtsaufmachung, Baumkerzen / Wachsstöcke / Lametta.

„Johanna“ Rudolph Balhorn

Seifen- u. Parfümerien-Fabrik G. m. b. H.

Verkaufsstellen:

Neue Schwesin, Str. 4, Albrechtstraße 3
Friedr.-Wilh.-Str. 8, Hötchenstraße 92
Lohsestraße 53, Matthiasstraße 70/72
Tiergartenstraße 26, Fabrikverkauf: Steinstr. 23/27

Neu eröffnet!

Wein-Doctor

Tel. 21583 Weidenstraße 25 Tel. 21583

Spirituosen u. Weine aller Art in bester Qualität und zu billigsten Preisen

Faschen- und losen Verkauf

Total-Ausverkauf

wegen Kündigung
Nur noch kurze Zeit!

Berufskleidung aller Art

Fleischer-, Bäcker-, Tischler- und blaue Arbeits-Schürzen

Winterjoppen Winterwäsche

Unterzieh- und Strickjacken

Windjacken Breches

Knickerbocker Hosen aller Art

Auf alle Ausverkaufspreise nochmals 10% Kassenrabatt!

Berufskleidung am Wachtplatz

Friedrich-Wilhelm-Straße 12.

Gottfard

Leinwand Vorber

BRESLAU, Albrechtstraße 56

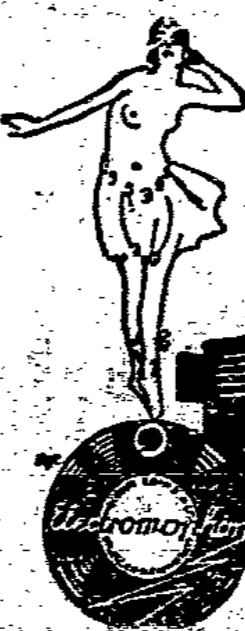
2. Haus vom Ring

Friedrich-Wilhelm-Straße 51

empfeht sein reichhaltiges Lager in

praktischen Weihnachts-Geschenken

Bettwäsche / Leibwäsche / Tischwäsche
Federdichte Inletts / Berufskleidung
Gute Qualitäten Billigste Preise



Bei mir finden Sie, was Sie suchen. Nur Qualitätssachen!

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Gemüthliche Zuhörerbücherei!

Alle Fabrikate am Lager

Musikhaus Albert Jeske

Breslau, Friedrich-Wilhelm-Str. 89

Telephon 20618

Safecrate

5634